

Franzen, Nathalie et al.

Research Report

Herausforderung Vielfalt - Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel

E-Paper der ARL, No. 4

Provided in Cooperation with:

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Suggested Citation: Franzen, Nathalie et al. (2008) : Herausforderung Vielfalt - Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel, E-Paper der ARL, No. 4, ISBN 978-3-88838-721-0, Verlag der ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-72103>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/59893>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Nr. 4

Nathalie Franzen, Ulf Hahne, Andrea Hartz, Olaf Kühne,
Franz Schafranski, Annette Spellerberg, Holger Zeck

Herausforderung Vielfalt – Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel



Herausforderung Vielfalt – Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel

E-Paper der ARL Nr. 4

ISBN 978-3-88838-721-0

ISSN 1865-584X

Alle Rechte vorbehalten • Verlag der ARL • Hannover 2008

© Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Abrufmöglichkeit über das Internet der ARL:

www.ARL-net.de (Rubrik „Publikationen“)

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL®)

Hohenzollernstraße 11, 30161 Hannover

Tel. (05 11) 3 48 42-0, Fax (05 11) 3 48 42-41

E-Mail: ARL@ARL-net.de

Titelseite:

Foto: Oliver Rose, Sekretariat der ARL

Autorinnen und Autoren

Mitglieder der Arbeitsgruppe „Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel“ der LAG Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland

Franzen, Nathalie, Dipl.-Geogr., Regionalberaterin, Geographisches Planungsbüro, Münster-Sarmsheim

Hahne, Ulf, Prof., Dr. sc. pol., Dipl.-Volksw., FB Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung, FG Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung, Universität Kassel, Korrespondierendes Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Hartz, Andrea, Dipl.-Geogr., Freiberufliche Planerin, Planungsgruppe agl (angewandte geographie, landschafts-, stadt- und raumplanung), Saarbrücken, Korrespondierendes Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Kühne, Olaf, apl. Prof. Dr. Dr., Ministerium für Umwelt des Saarlandes, Ref. Landesplanung, Saarbrücken, Korrespondierendes Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Schafranski, Franz, Dr., Kaiserslautern (als Gast in der Arbeitsgruppe)

Spellerberg, Annette, Univ.-Prof., Dr., FB Architektur/Raum- und Umweltplanung/ Bauingenieurwesen, Technische Universität Kaiserslautern, Korrespondierendes Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Zeck, Holger, Dipl.-Biol., Ministerium für Umwelt des Saarlandes, Saarbrücken

Die LAG hat den Entwurf mehrfach mit den Autorinnen und Autoren diskutiert (interne Qualitätskontrolle). Der von der Arbeitsgruppe verabschiedete Beitrag wurde darüber hinaus vor der Veröffentlichung durch externe Begutachtung im Doppelblindverfahren einer Evaluierung unterzogen (externe Qualitätskontrolle) und nach Berücksichtigung der Empfehlungen zur Erstellung des E-Papers dem Sekretariat übergeben. Die wissenschaftliche Verantwortung für den Beitrag liegt allein bei den Autorinnen und Autoren.

Sekretariat der ARL: WR II Wirtschaft, Technik, Infrastruktur
Leitung: Dr. Matthias Schönert (Schoenert@ARL-net.de)

INHALT

1	Einführung: Zur Situation in den ländlichen Räumen	1
2	Definitionen des ländlichen Raums	1
3	Besonderheiten ländlicher Räume	5
4	Der ländliche Raum im politischen und wissenschaftlichen Diskurs	9
5	Lebensstile und Lebensformen im ländlichen Raum	11
6	Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum	20
7	Zur Kommunalpolitik und -verwaltung im ländlichen Raum	26
8	Entwicklungskonzepte und Anpassungsstrategien für den ländlichen Raum	27
9	Ökonomische Stabilisierung ländlicher Räume?	34
10	Großschutzgebiete und ihr Beitrag zur Stabilisierung des ländlichen Raums	36
11	Fazit: Empfehlungen für Raumplanung und Regionalentwicklung	39

Herausforderung Vielfalt – Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel

Arbeitsgruppe der LAG Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland der ARL

1 Einführung: Zur Situation in den ländlichen Räumen

In peripheren ländlichen Räumen spitzen sich die Auswirkungen des Struktur- und Politikwandels zu. Gleichzeitig bleiben die spezifischen Potenziale und Entwicklungschancen ländlicher Räume teilweise ungenutzt. Gründe genug, sich aus raumplanerischer Sicht (erneut) dem Thema „Ländlicher Raum“ zuzuwenden.

Die Untersuchung der Entwicklung ländlicher Räume steht gegenwärtig nicht im Fokus der Raum- und Sozialwissenschaften, scheinen doch die Umbrüche in städtischen Räumen im Zuge des Strukturwandels von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft viel dramatischer und damit interessanter zu sein. Stadtregionen und insbesondere Metropolregionen dominieren in immer stärkerem Maße die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Gleichzeitig verlieren Definition und Abgrenzung des ländlichen Raumes ihre Eindeutigkeit; der Untersuchungsgegenstand ist damit schwer zu fassen. Dennoch ist es notwendig, sich mit ländlichen Räumen aus raum- und sozialwissenschaftlicher Perspektive fundiert auseinanderzusetzen, auch um das Thema „Ländliche Räume“ nicht einer einseitigen Ideologisierung und Instrumentalisierung zu überlassen. Einerseits spitzen sich gerade in peripheren, dünn besiedelten Räumen mit Abwanderungen, Geschäftsaufgaben, Extensivierungen von Flächennutzung bis hin zu Bracheentwicklungen, Ausdünnung der öffentlichen Infrastruktur und schwindender demokratischer Repräsentanz die Auswirkungen des Struktur- und Politikwandels zu. Andererseits besitzen vor allem ballungsraumnahe ländliche Räume eigene Potenziale und Entwicklungschancen, die es wesentlich stärker als bisher zu nutzen gilt.

Die Arbeitsgruppe „Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel“ der Landesarbeitsgemeinschaft Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland der Akademie für Raumforschung und Landesplanung setzte sich zum Ziel, auf der Basis von Untersuchungen aus den drei Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland Struktur- und Politikwandel in den ländlichen Räumen näher zu analysieren und Handlungsfelder zu diskutieren.

2 Definitionen des ländlichen Raums

Eine einheitliche konsensfähige Definition des ländlichen Raums existiert nicht, vielmehr wird diese Raumkategorie angesichts von Urbanisierungs- und Modernisierungsprozessen grundsätzlich infrage gestellt. Dennoch besitzt der ländliche Raum nach wie vor (politische) Aktualität, eine Neuausrichtung der Sichtweisen und der Politik zum ländlichen Raum scheint jedoch dringend erforderlich.

Die verschiedenen aktuellen Definitionen des ländlichen Raums spiegeln den jeweiligen Blick auf die Raumkategorie, das spezifische Verständnis von Raum und Raumwandel sowie die Einschätzung seiner Potenziale wider. Der ländliche Raum wird häufig zunächst lediglich als Kategorie des *Nicht-Städtischen* aufgefasst und damit negativ definiert. Indikatoren hierfür sind die Bevölkerungsdichte oder weitere Verdichtungs- und Zentralitätsmerkmale.

Die OECD-Definition ländlicher Gebiete schließt sich hier an: Bei der Abgrenzung ländlicher Räume von städtischen Räumen wird ein Grenzwert von 150 Einwohnern pro km² festgelegt, einheitlich für alle Mitgliedsländer mit Ausnahme Japans (500 Einw./km²). In urbanen

Regionen leben über 85 % der Bevölkerung in Gemeinden mit über 150 Einw./km², in semi-ruralen Regionen sind es 50%–85 % der Bevölkerung und in ruralen Regionen unter 50 % (vgl. Schuler et al. 2004). Mit dieser Unterscheidung wird ein Hinweis auf das Kontinuum zwischen rein ländlich und rein städtisch strukturierten Siedlungen gegeben.

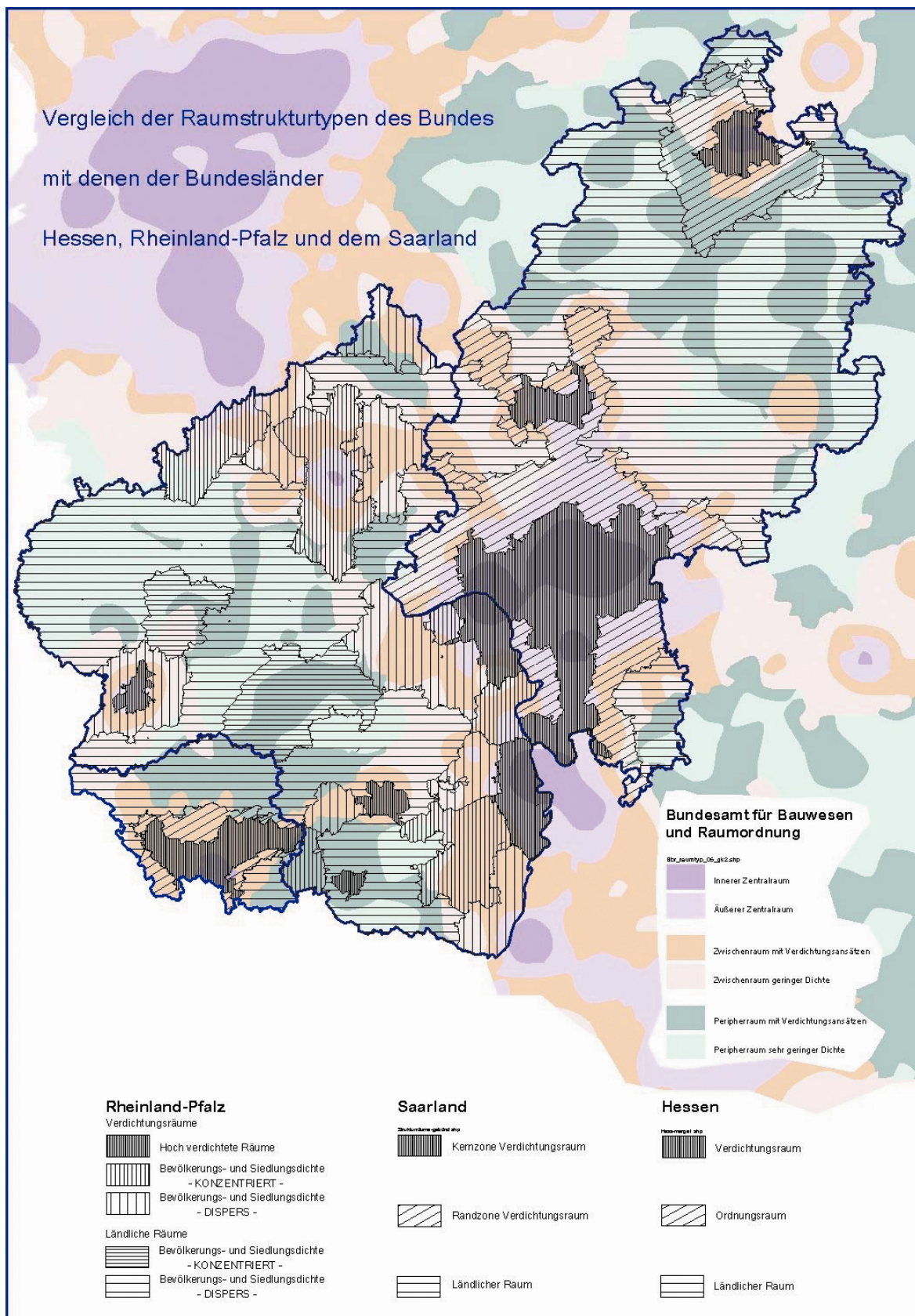
Zur Abgrenzung der ländlichen Räume in Deutschland werden zudem auf der Ebene der Raumordnung noch Verdichtungs-, Zentralitäts- und Erreichbarkeitsmerkmale hinzugezogen. Die in der LAG vertretenen Bundesländer behandeln dabei ländliche Räume unterschiedlich differenziert.

- Rheinland-Pfalz unterscheidet im Entwurf des Landesentwicklungsprogramms IV (2006) fünf Raumstrukturtypen: hoch verdichtete Räume, verdichtete Räume, ländliche Räume mit Verdichtungsansätzen, dünn besiedelte ländliche Räume und dünn besiedelte ländliche Räume in ungünstiger Lage.
- Hessen weist im Landesentwicklungsplan „Hessen 2000“ (2000) Ordnungsräume (verdichtete Räume), Verdichtungsräume als Kernräume der Ordnungsräume und ländliche Räume als überwiegend durch ländliche Siedlungsstrukturen geprägte Teilräume aus.
- Das Saarland definiert im Landesentwicklungsplan, Teilabschnitt Siedlung (2006) gleichfalls einen Ordnungsraum mit einer „Kernzone des Verdichtungsraumes“, geprägt durch stark überdurchschnittliche Siedlungsverdichtung, sowie einer „Randzone des Verdichtungsraumes“ mit erheblicher Siedlungsverdichtung. Der ländliche Raum entsteht dadurch als großflächiges Gebiet außerhalb des Ordnungsraumes mit zumeist deutlich unterdurchschnittlicher Siedlungsverdichtung und hohem Freiraumanteil.

Gleichzeitig wird vielfach betont, dass es „den“ ländlichen Raum als einheitliche Raumkategorie nicht mehr gibt. Damit wird auf die Notwendigkeit einer differenzierteren Betrachtung der ländlichen Räume verwiesen, um der Vielfalt räumlicher Funktionen und Entwicklungen sowie wachsenden Disparitäten Rechnung zu tragen.

Wie sich bestimmte Trends in der Raumentwicklung quer zur Abgrenzung ländlicher Räume abbilden, verdeutlicht der Raumordnungsbericht des Bundes (BBR 2005: 19 f.). Hier wird die Analyse der Raumstruktur an europäische Maßstäbe und Analyseansätze angepasst. Über Bevölkerungsdichte und Zentrenreichbarkeit wird zwischen innerem und äußerem *Zentralraum*, *Zwischenraum* und *Peripherraum* unterschieden. Die Kategorien *Zwischenraum* und *Peripherraum* sind jeweils in Räume mit Verdichtungsansätzen und solche mit geringer Dichte differenziert. Suburbanisierungstendenzen konzentrieren sich (verstärkt seit 1997) auf die äußeren Zentralräume und die Zwischenräume. Dies sind die Regionen, die – mit Blick auf Bevölkerungszuwächse und Arbeitsplatzgewinne – von ihrer spezifischen Lage zu den Agglomerationen oder entlang wichtiger Verkehrskorridore profitierten. Der Peripherraum umfasst Gebiete mit weniger als 100 Einwohnern pro km² und einer größeren Distanz zu den Zentren. Er ist am stärksten von Bevölkerungsrückgang und Alterung betroffen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass in den zentraleuropäischen Staaten im Gegensatz zu beispielsweise Skandinavien und Spanien die Peripherräume europäischen Maßstabs fast vollständig fehlen. Dies lässt sich auf eine insgesamt ausgewogene Verteilung der Stadt- und Metropolregionen zurückführen. Im Bundesgebiet erreichen zwei Drittel der Bevölkerung ein Oberzentrum innerhalb von 30 PKW-Minuten (BBR 2005: 127). Betont wird, dass der Peripherraum nicht mit der Kategorie *Ländlicher Raum* gleichzusetzen sei. Trotz dieser neuen Raumtypologie behält der Raumordnungsbericht dennoch den *Ländlichen Raum* als Kategorie bei, „weil Ländlichkeit, dünne Besiedlung, Entleerung und Strukturschwäche“ häufig zusammenfallen (BBR 2005: 176).

Abb. 1: Die Raumkategorien *Zentralraum*, *Zwischenraum* und *Periphererraum* und die Strukturräume der Landesentwicklungspläne aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR 2005; 19 f.)

Die Überlagerung der neuen Raumtypologie aus Zentralraum, Zwischenraum und Peripherium des BBR mit den differenzierten Strukturraumkategorien im Entwurf des Landesentwicklungsprogramms IV von Rheinland-Pfalz zeigt eine grundsätzliche Kongruenz, allerdings auch Zuordnungsdifferenzen aufgrund der politisch-administrativ-grenzscharfen Abgrenzung der Strukturräume und der gerundeten Abgrenzung des BBR-Entwurfs. Bei den Abgrenzungen der Strukturräume von Hessen und dem Saarland sind – aufgrund der Beschränkung auf drei Strukturraumkategorien – deutlich größere Differenzen zwischen der BBR-Raumtypologie und der Strukturraumgliederung feststellbar: Hier ist die BBR-Raumtypologie deutlich differenzierter, wie insbesondere die Darstellung des nordhessischen Raumes zeigt.

Komplexere Definitionsansätze ziehen eine größere Anzahl von Merkmalen zur Kennzeichnung der spezifischen Eigenschaften ländlicher Räume heran. Für Henkel ist der ländliche Raum ein „... naturnaher, von Land- und Forstwirtschaft geprägter Siedlungs- und Landschaftsraum mit geringer Bevölkerungs- und Bebauungsdichte sowie niedriger Zentralität der Orte, aber höherer Dichte der menschlichen Beziehungen“ (Henkel 1995: 27). Einschränkend fügt er jedoch an, es handele sich dabei um traditionelle Kriterien, die trotz aller Wandlungsprozesse zur Kennzeichnung des ländlichen Raumes herangezogen würden. Auf der Basis aktueller Diskussionen und Forschungsergebnisse steht die Belastbarkeit dieser Aussagen in Frage.

Der Raumordnungsbericht operationalisiert den Begriff der *Multifunktionalität*, um die Vielfalt ländlicher Räume zu erfassen (BBR 2005: 203 ff.). Es werden die Wohnfunktion, die Wirtschafts- und Arbeitsplatzfunktion, die Ökotop- und Naturschutzfunktion, die Erholungs- und Tourismusfunktion, die Ressourcenbereitstellungsfunktion sowie die Standortfunktion für Infrastrukturen unterschieden. Dieser Ansatz zielt auf die Identifikation von Raumpotenzialen und Entwicklungsoptionen ab, beispielsweise den Aufbau von Wohneigentum für Familien, den Ausbau von Altenwohnungen und Ferienhäusern im Bestand, Entwicklungen im Bereich des Handwerks und des Tourismus, die Produktion nachwachsender Rohstoffe oder die Übernahme von Kompensationsfunktionen für verdichtete Regionen hinsichtlich notwendiger Infrastrukturen.

In jüngster Zeit wird verstärkt darüber diskutiert, inwieweit die Kategorie des *Ländlichen Raumes* überhaupt noch Bestand hat. Kernaspekt dieser Diskussion ist, dass sich die Lebensformen und Lebensweisen in Dorf und Stadt einander stark angenähert haben. Dies ist eine Folge von Verstädterung und Urbanisierung, Zuzug von Bevölkerung auf dem Land und Veränderung der Dorfgemeinschaft, Informatisierung und vereinheitlichender Mediendurchdringung, Bedeutungsverlust der Landwirtschaft und damit des bäuerlichen Lebens. Bätzing (2001) meint, dass sich der ländliche Raum im Zuge dieses tief greifenden Strukturwandels gänzlich „auflöse“. Bezogen auf die Schweiz gehen auch Schuler et al. (2004) im Zusammenhang mit der Metropolisierung von einem „Wegfall“ des ländlichen Raumes aus. In provokanter Form wird diese Diskussion in einer urbanen Typologie und einem „städtebaulichen Porträt“ für das gesamte Territorium der Schweiz zugespitzt (Diener et al. 2006).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine einheitliche konsensfähige Definition des ländlichen Raums nicht existiert, vielmehr die Differenzierung der ländlichen Räume auch spezifiziertere Definitionen erfordert. Darüber hinaus wird angesichts der alle Regionen beeinflussenden Urbanisierungs- und Modernisierungsprozesse sogar grundsätzlich an der Berechtigung dieser Raumkategorie gezweifelt. Dennoch besitzt der ländliche Raum nach wie vor (politische) Aktualität, allein schon aufgrund der Förderkulissen der EU und der landesplanerischen Vorgaben. Eine Neuausrichtung der Sichtweisen und Politik zum ländlichen Raum scheint jedoch dringend erforderlich. Der Ansatz der Multifunktionalität und Identifikation von spezifischen Raumpotenzialen und Entwicklungsoptionen ländlicher oder peripherer Räume, die für die Gesellschaft wichtig sind (vgl. auch Altrock et al. 2005), kann handlungs-

orientierte und auf die Erfordernisse von Raumentwicklung ausgerichtete modernisierte Steuerungsoptionen eröffnen.

3 Besonderheiten ländlicher Räume

Ländliche Räume lassen sich heute eher anhand landschaftlicher Charakteristika als anhand eindeutiger sozioökonomischer Faktoren bestimmen.

Ein Vergleich der Raumstrukturen und Raumfunktionen ländlicher Räume mit denen der suburbanen und städtischen Räume ist ein erster Ansatz, Gemeinsamkeiten und Unterschiede konkret herauszuarbeiten. Hierzu lassen sich unterschiedliche Kriterien heranziehen: Landschaftsstruktur, Ausbildung der Naturfaktoren (Klima, Luft, Boden, Wasser, Biotope, Arten), Siedlungsstruktur, Bevölkerungs- und Sozialstruktur, Wirtschafts- und Infrastruktur.

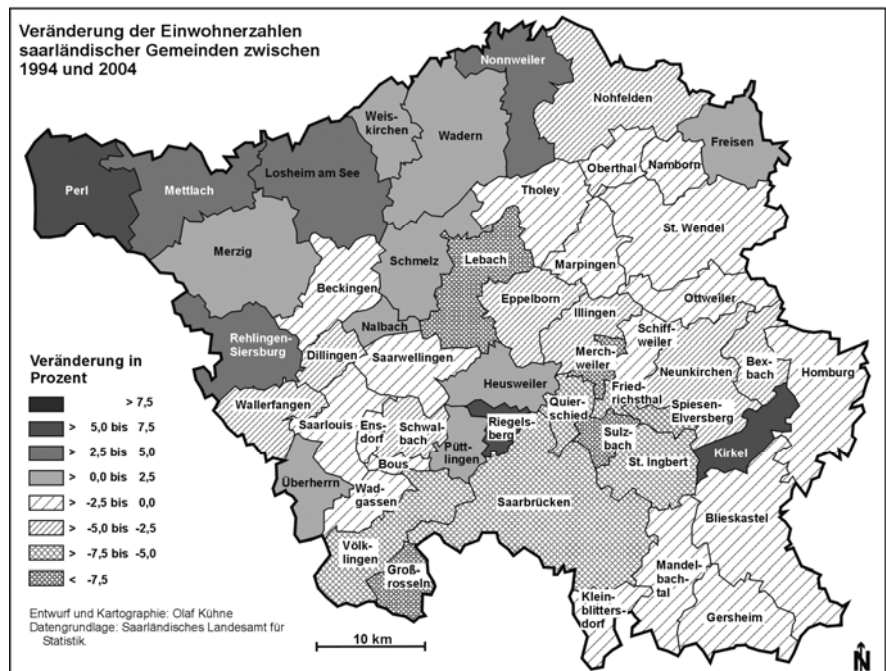
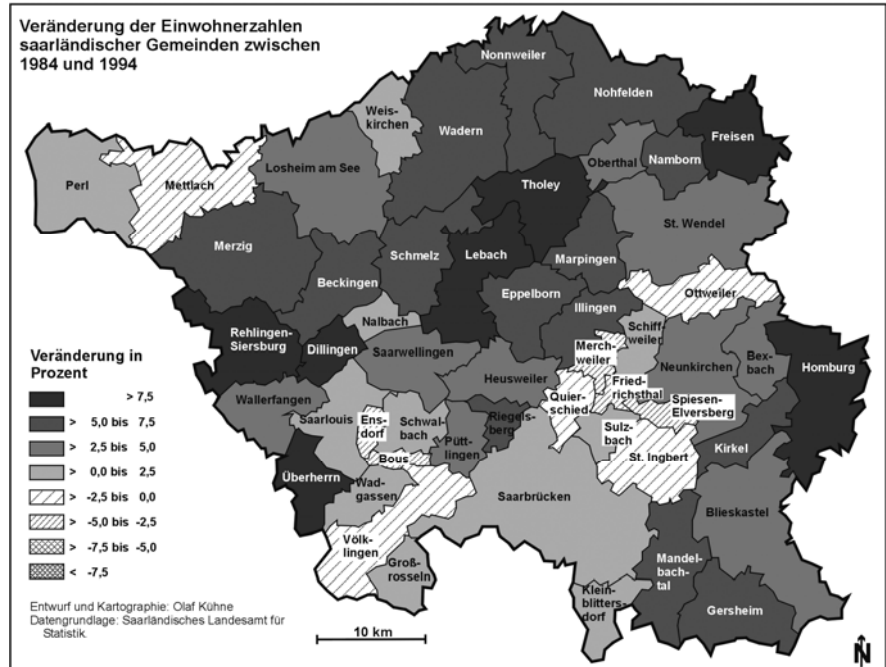
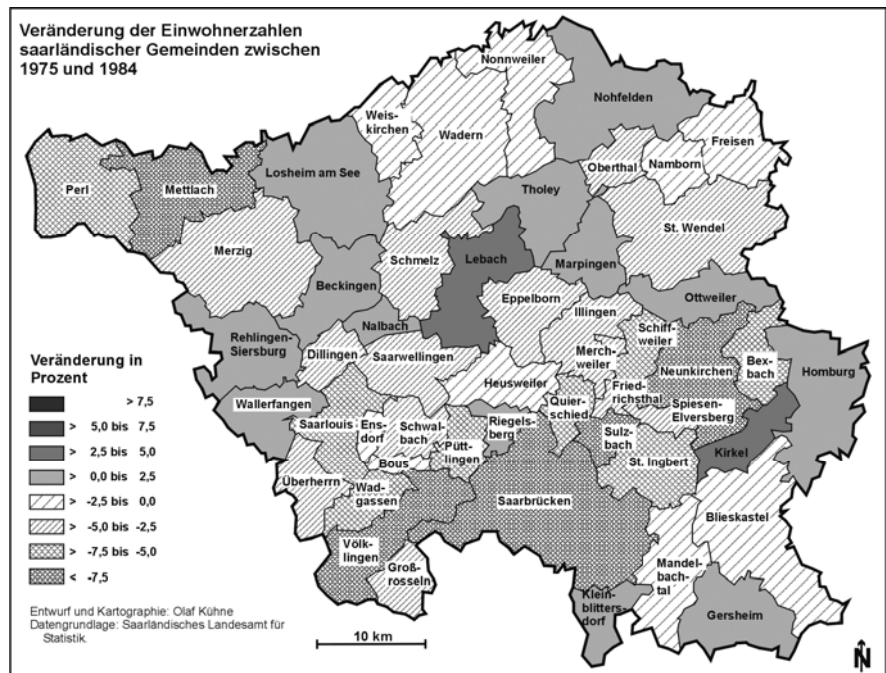
Im Rahmen einer Studienarbeit von Boris Wüst (2006) an der Technischen Universität Kaiserslautern wurden der Stadtraum Ludwigshafen, die Vorderpfalz als vorgelagerter suburbaner Raum und das Nordpfälzer Bergland als ländlicher Raum raumstrukturell verglichen. Bei der Analyse standen landschaftliche und freiraumbezogene Aspekte im Vordergrund. Ausgewählte Orte und Landschaften wurden untersucht nach der Art der traditionellen Siedlungsstruktur, der Gestalt der Neubaugebiete und ihrer Einbindung in den Siedlungskörper, der „Ordnung“ im Siedlungsbereich (Vorkommen an Ruderalflächen usw.), dem Versiegelungsgrad, der Gestalt der Freiräume und Gärten, dem Übergang Siedlungsbereich zur freien Landschaft, der landwirtschaftlichen Nutzung und der Gestalt der Landschaft. Es konnten eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen den Raumtypen bezogen auf die Ausprägung der siedlungsbezogenen Kriterien ermittelt werden, die auf eine „Verstädterung“ ländlicher Orte hindeuten. Bezüglich der Funktionen und Strukturen von Landschaftsräumen bestehen jedoch nach wie vor Unterschiede zwischen den Raumtypen, die im Wesentlichen ihre Ursache in der unterschiedlichen Überformung des Naturraums haben.

Am Beispiel der Bevölkerungsentwicklung im Saarland zwischen 1975 und 2004 zeigt Kühne (2007) die Auflösung klassischer räumlicher Muster der Bevölkerungsverteilung: Ließ sich zwischen 1975 und 1984 noch ein deutliches konzentrisches Muster der Suburbanisierung nachweisen, löst sich dieses in den folgenden Dekaden sukzessive auf. Zwischen 1995 und 2004 sind Bevölkerungsgewinne und -verluste der Gemeinden lediglich selektiv durch ökonomische Prosperität, relative Verkehrsgunst und stereotyp-landschaftliche Reize erklärbar (vgl. Kühne 2006a).

Die Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebe pro 1.000 Einwohner in gemeindescharfer Darstellung zeigt zwar eine stärkere Repräsentanz in dünn besiedelten Räumen, doch gilt der Umkehrschluss nicht, dass jeder dünn besiedelte Raum auch stark von landwirtschaftlichen Betrieben geprägt ist. Eine vergleichsweise hohe Zahl landwirtschaftlicher Betriebe pro 1.000 Einwohner findet sich insbesondere in dicht besiedelten Weinbaugegenden (an Mosel und Rhein) und in strukturschwachen Räumen, in denen unterdurchschnittliche Betriebsgrößen und stärkere Nebenerwerbslandwirtschaft vertreten sind (Hunsrück, Eifel, Pfälzerwald, Nordhessen). In den übrigen weniger dicht besiedelten Räumen (in Mittelhessen, Südhessen, dem Westerwald und dem Saarland) ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe gering. Eine Gleichsetzung von ländlichen Räumen als wirtschaftlich agrarisch dominiert lässt sich so nicht nachweisen.

Abb. 2:
Die Entwicklung
der Einwohnerzah-
len saarländischer
Gemeinden seit der
Gebietsreform
1974

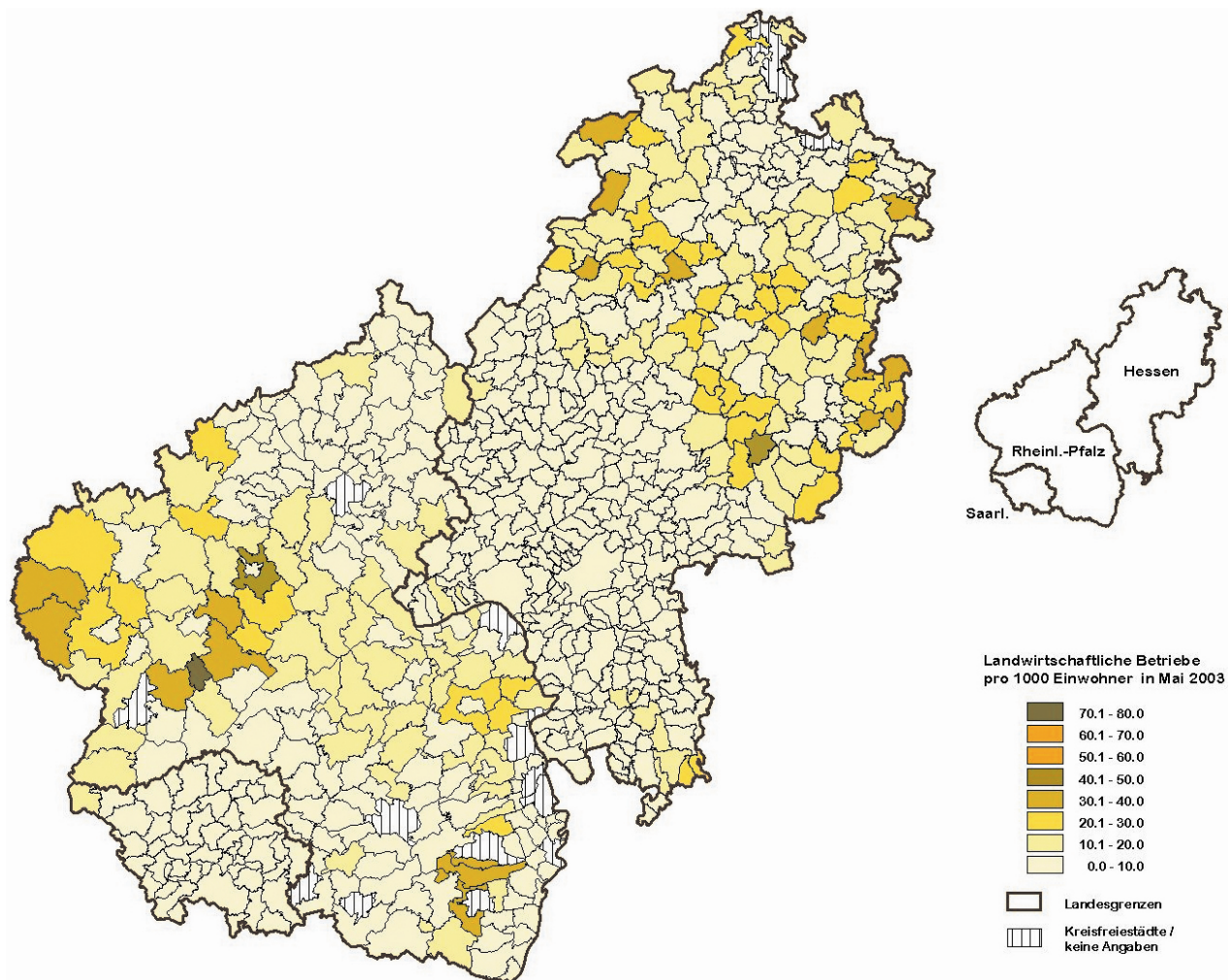
Quelle: Kühne 2007



Die Absolutzahl der Verteilung der Gewerbeanmeldungen in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland zeigt tendenziell eine Dominanz städtisch und suburban geprägter Räume. Die Metropolregion Rhein-Main überragt hier alle anderen Teilräume des LAG-Gebietes. Eher ländlich strukturierte Räume weisen geringe Zahlen an Gewerbeanmeldungen auf. Dies gilt insbesondere für Nordhessen, aber auch für den Hunsrück und den Pfälzerwald. Wird die Verteilung der Gewerbeanmeldungen in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland als Relativzahl pro 1.000 Einwohner dargestellt, relativiert sich die oben getroffene Aussage in zweifacher Weise: Aufgrund seiner geringen Einwohnerzahlen finden sich in Nordhessen durchaus Werte im Bereich des Gesamtdurchschnitts, während das Saarland, der Hunsrück, die Eifel und der Pfälzerwald deutlich unterdurchschnittliche Werte aufweisen. Im Gegensatz dazu bestätigt sich die Dominanz der Metropolregion Rhein-Main und ihres suburbanen Verflechtungsbereichs auch in der Relativdarstellung.

Gleichwohl sind ländliche Räume aufgrund der geringeren Dichte an Einwohnern und Gewerbebetrieben in der Regel durch geringere Beschäftigungs- sowie damit geringere Einkommensmöglichkeiten gekennzeichnet. Während ländliche Räume im suburbanen Gürtel dabei in den vergangenen Jahrzehnten im Hinblick auf Einkommen, in Teilräumen auch hinsichtlich der Arbeitsplätze aufgeholt haben, sind zahlreiche zentrenferne ländliche Regionen weiterhin durch die genannten ökonomischen Kriterien als Peripherien zu bezeichnen.

Abb. 3: Landwirtschaftliche Betriebe pro 1.000 Einwohner in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland



Quelle: Eigene Darstellung

Abb. 4: Gewerbebeanmeldungen in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland 2004

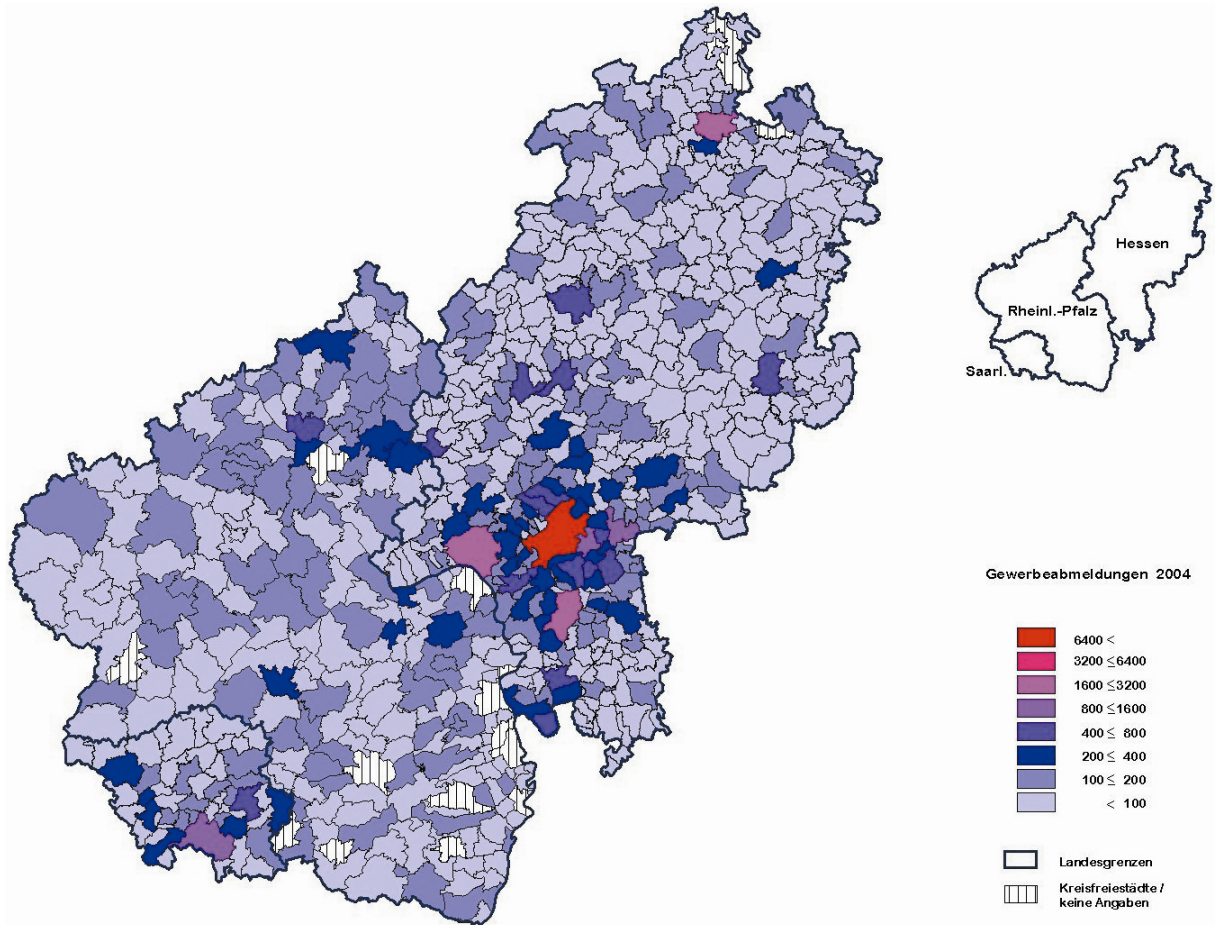
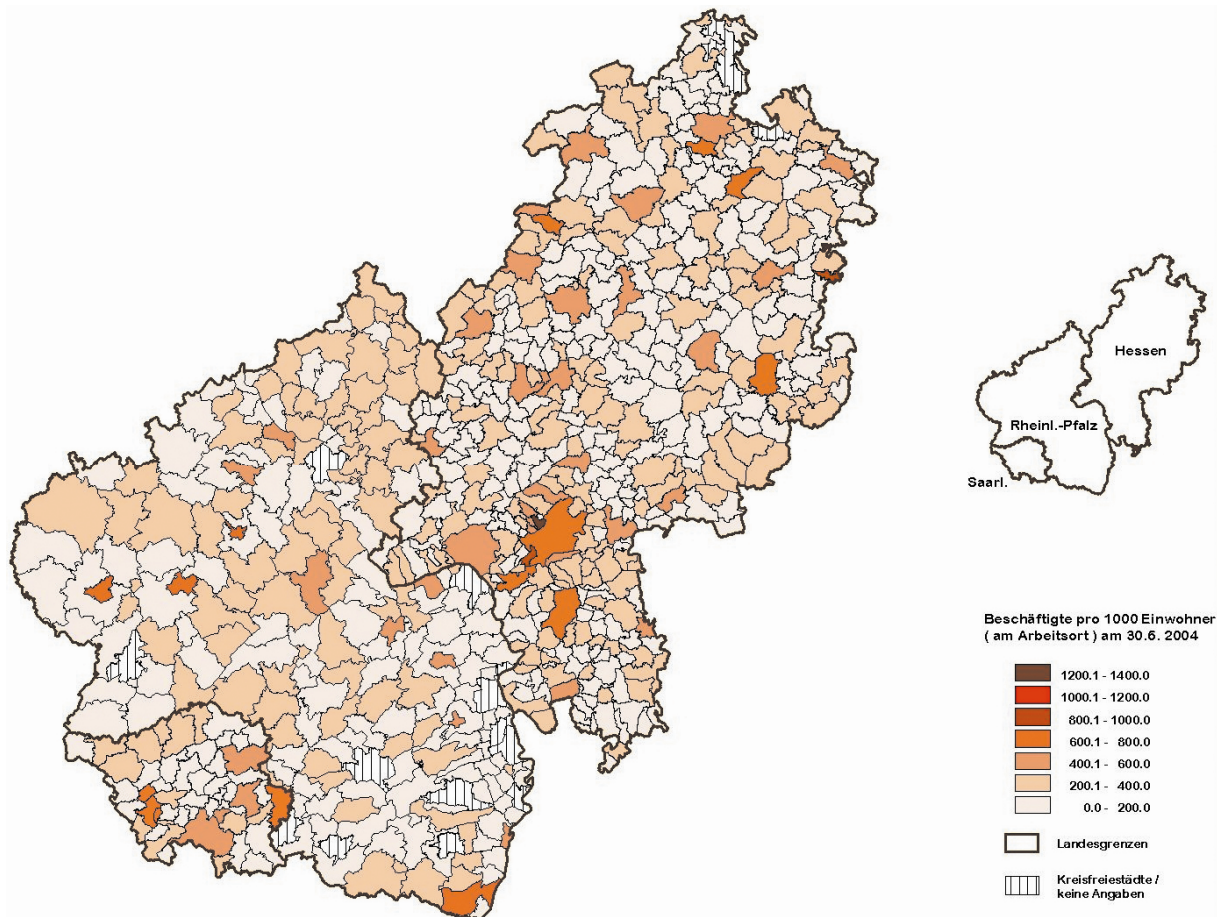


Abb. 5: Zahl der Erwerbstätigen pro 1.000 Einwohner in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland



Hinsichtlich der Landschaftsstruktur, der Ausbildung der Naturfaktoren und der Siedlungsstruktur können trotz einer allmählichen Nivellierung von Landschaft Unterschiede zwischen ruralen, suburbanen und städtischen Raumtypen festgestellt werden. Dementsprechend finden sich (graduelle?) Unterschiede auch in funktionaler Hinsicht, so beispielsweise bei der Erholungs- und Tourismusfunktion (landschaftsbezogener Fremdenverkehr, Naturerleben), der Ressourcenbereitstellungsfunktion (nachwachsende Rohstoffe, nicht erneuerbare Ressourcen), der Standortfunktion für Infrastrukturen der Ver- und Entsorgung (Deponien, Windenergieanlagen) und der Schutzfunktion für die Natur (z. B. Großschutzgebiete wie Nationalparks).

Gerade am Beispiel Landschaft lässt sich auch eine umgekehrte Durchdringung städtischer Räume durch ländliche Landschaftsmuster belegen. Insgesamt lässt sich festhalten, dass in dem jahrzehntelangen Prozess der Suburbanisierung die Integration ländlicher Landschaftsmuster in städtische Kontexte und städtischer Siedlungstypen und Lebensweisen in ländliche Kontexte die phänomenologischen, strukturellen und funktionalen Unterschiede zwischen Stadt und Land verwischt haben. Darüber hinaus sind wirtschaftliche Prosperität, regionale Disparitäten und Schrumpfungstendenzen nicht mehr eindeutig den klassischen Raumkategorien zuzuordnen.

4 Der ländliche Raum im politischen und wissenschaftlichen Diskurs

Im Alltagsbewusstsein dominieren – trotz gegenteiliger wissenschaftlicher Befunde – stereotype und dichotome Wahrnehmungen und Bewertungen des ländlichen Raumes. Sie durchziehen allerdings vielfach auch den politischen und wissenschaftlichen Diskurs, führen zum Festhalten an tradierten Landschafts- und Raumkategorien und verzögern und verändern damit Anpassungsprozesse.

Wahrnehmung und „Bilder“ ländlicher Räume und von deren Siedlungen sind Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher, politischer und öffentlicher Diskussionen und Kontroversen. Ländliche Räume sind wie alle Räume soziale Konstrukte, „welche durch die handelnden Personen immer wieder aufs Neue hergestellt werden. Das bedeutet, dass dieselben Räume und Orte unterschiedlich wahrgenommen werden und verschiedene Bedeutungen erhalten“ (Kaspar, Bühler 2006). Dennoch zeigt sich, dass die aktuelle soziale Konstruktion von ländlichen Räumen in erster Linie durch eine dichotome Wahrnehmung von Stadt und Land, selektiv größere persönlichen Freiheiten (insbesondere durch Nutzung des eigenen Gartens für Feste), die Verfügbarkeit billigen Baulandes sowie das Vorhandensein „schöner“ Landschaft bestimmt wird. Mit Stadt und Land, städtischem und dörflichem Leben, werden nach wie vor starke Wertungen und Vorurteile verbunden. Auch die tief greifenden Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur der Dörfer, die „Urbanisierung“ von Lebensstilen und die weitgehende Vernetzung aller Lebensräume haben daran wenig geändert.

Die Wahrnehmung ländlicher Siedlungen und des Lebens im ländlichen Raum folgt – sowohl aus der Innen- als auch aus der Außenperspektive – zumeist einem stereotypen Muster. Ländliche Räume werden auf der einen Seite idyllisiert: ruhig, naturnah, schöne Landschaft, intakte Dorfgemeinschaft. Die individuelle Konstruktion des ländlichen Raumes ist dabei unmittelbar mit dem Landschaftsbegriff verknüpft.

Auf der anderen Seite wird mit dem Landleben oftmals Autoabhängigkeit, geringes Angebot an Dienstleistungen und Kultur sowie eine hohe soziale Kontrolle assoziiert. Gerade in Bezug auf soziale Kontrolle variieren die Wahrnehmungen in Abhängigkeit vom eigenen Lebensumfeld jedoch erheblich. Bewohner des ländlichen Raumes schätzen durchaus die größeren persönlichen Freiheiten. Diese Einschätzung bezieht sich in der Regel auf die Möglichkeiten, sich Raum anzueignen ohne andere dabei einzuschränken und negative Sanktionen befürchten zu müssen, nicht auf soziale Kontrollmechanismen in toto (vgl. auch Becker 1997). Sie bezieht sich also stärker auf die sozialen Folgen physischer Dichte (geringere Einwohnerdichte), nicht auf die soziale Dichte selbst (Kühne 2006b).

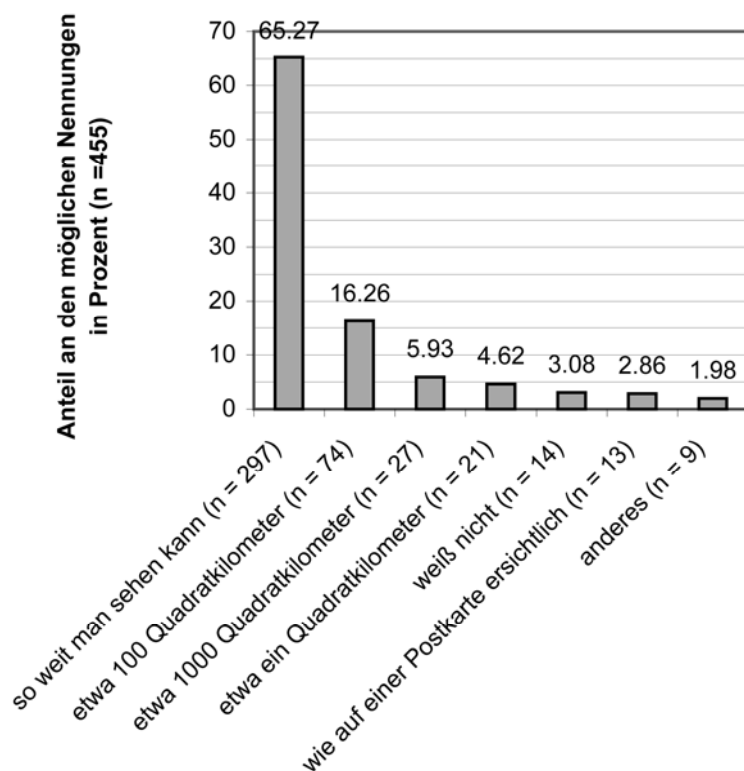
Befragt nach dem, was ihrer Meinung nach zu einer „Landschaft“ gehört, betonten 455 Saarländerinnen und Saarländer durch ihre Nennungen die Bedeutung tradierter Landschaftsbegriffe und stereotyper Landschaftsbilder (Kühne 2006a). Wesentliche Merkmale sind demnach: Wälder, Wiesen, Bäche, Dörfer, Bauernhöfe, Düfte, Atmosphäre (im Sinne von Stimmung), Gebirge, Wolken und Landstraßen. Die starke Subjektivität des Landschaftsbegriffs verdeutlichen die Antworten zur Frage nach der Größe von Landschaft, die sich die Befragten vorstellen. Mehr als 65% der Befragten bezieht die Konstruktion eines Raumes als Landschaft auf das eigene Blickfeld.

Abb. 6: Antworten auf die Frage „Was gehört Ihrer Meinung nach zu einer Landschaft?“

	Anteil in Prozent	Zahl der Nennungen		Anteil in Prozent	Zahl der Nennungen
Wälder	96.26	438	kleinere Städte	32.09	146
Wiesen	95.16	433	einzelne Menschen	21.32	97
Bäche	91.21	415	Geräusche	20.88	95
Dörfer	83.08	378	Gruppen von Menschen	19.56	89
Bauernhöfe	73.63	335	Industriebetriebe	14.07	64
Düfte	61.54	280	Windräder	10.99	50
Atmosphäre (im Sinne von Stimmung)	60.66	276	Großstädte	8.79	40
Gebirge	59.12	269	Autobahnen	8.79	40
Wolken	51.65	235	Autos	6.37	29
Landstraßen	44.84	204	anderes	5.05	23
Regenschauer	41.10	187	weiß nicht	0.22	1
einzelne Blumen	35.38	161			

Quelle: Kühne 2006a

Abb. 7: Antworten auf die Frage „Wenn Sie an eine Landschaft denken, welche Größe stellen Sie sich dafür am ehesten vor?“



Quelle: Kühne 2006a

Im Jahre 2005 wurde im Bliesgau (Saarland) eine qualitative sozialwissenschaftliche Studie durchgeführt, um Selbstbilder und Fremdbilder von Bewohnern des Bliesgaus und der angrenzenden Stadt Saarbrücken hinsichtlich ihrer subjektiven Elemente, wie Werte, Absichten, Wahrnehmungen und Interpretationen, zu erfassen (Kühne 2006b). Ländliche Räume werden von Personen aus Saarbrücken wie auch aus dem Bliesgau unisono als ruhig, kinderfreundlich, naturnah, verkehrssarm und von Dörfern geprägt beschrieben, in denen der Grad persönlicher Bekanntheit besonders hoch ist. Von besonderer Wertschätzung sind das Vorhandensein „schöner Landschaft“ in ländlichen Räumen und eine hohe Umweltqualität. Eine besondere Wertschätzung genießen auch relativ günstige Baugrundstücke.

Bemerkenswert ist, dass Ländlichkeit weder bei den Befragten aus dem ländlichen noch bei Befragten aus dem städtischen Raum mit Nahrungsmittelproduktion verbunden wird. Vielmehr gilt Landwirtschaft als Mittel der Landschaftsproduktion bzw. -erhaltung.

Als Nachteile des Lebens in ländlichen Räumen ergab die Befragung: die Autoabhängigkeit, lange Wege, das Wegfallen von Kommunikationspunkten und Versorgungseinrichtungen (Läden) und das Fehlen eines qualifizierten kulturellen Angebots. Eine zwischen den Bewohnern des Bliesgaus und jenen von Saarbrücken divergierende Einschätzung ergibt sich aus der Reflexion persönlicher Freiheit in ländlichen Räumen. Personen, die im ländlichen Raum wohnen, unterstreichen ihre – im Vergleich zu Städten – größere persönliche Freiheit (Kühne 2006b).

Im Alltagsbewusstsein dominieren stereotype Wahrnehmungen und Bewertungen des ländlichen Raumes. Sie durchziehen allerdings auch den politischen und wissenschaftlichen Diskurs und führen zum Festhalten an tradierten Landschaftskategorien. Diese Wahrnehmung von Landschaft leistet negativen Bewertungen aktueller – vom Soll-Zustand oder „Idealbild“ abweichender – Raumentwicklungen Vorschub. Sie favorisiert Sicherheit und Schutz tradierter Situationen vor Entwicklung und Anpassung an aktuelle Erfordernisse (vgl. Kühne 2006a).

Physische Landschaft unterliegt jedoch dem Einfluss gesellschaftlicher Wandlungsprozesse. Die Dominanz des ökonomischen Systems bei der Entwicklung physischer Landschaft und der aktuelle ökonomische Strukturwandel führen zu einem deutlichen Anpassungsdruck in ländlichen Landschaften. Demographische, politische, sozialgemeinschaftliche und kulturelle Wandlungsprozesse verstärken diesen Anpassungsdruck. Für die Raumplanung stellt sich die Frage, wie eine sinnvolle und nachhaltige Landschaftsentwicklung unter diesen Rahmenbedingungen künftig aussehen kann. Eine flächendeckende oder auch nur großräumige Erhaltung aktueller physischer Landschaft erscheint weder politisch durchsetzbar noch ökonomisch möglich. Vielmehr gilt es, die Vielfalt und Kontingenz subjektiver wie gesellschaftlicher Landschaftskonstruktionen anzuerkennen und Landschaftsentwicklung im Rahmen einer individualisierten Regionalentwicklung unter Beteiligung der lokalen Bevölkerung neu auszuhandeln.

5 Lebensstile und Lebensformen im ländlichen Raum

Wie in städtischen Kontexten führen Individualisierungstendenzen zu einer Pluralisierung von Lebensstilen und Lebensformen in den Dörfern und einer Angleichung der sozialen Wandlungsprozesse, deren Auswirkungen in den Dorfgesellschaften jedoch stärker auf die Daseinsvorsorge rückwirken können.

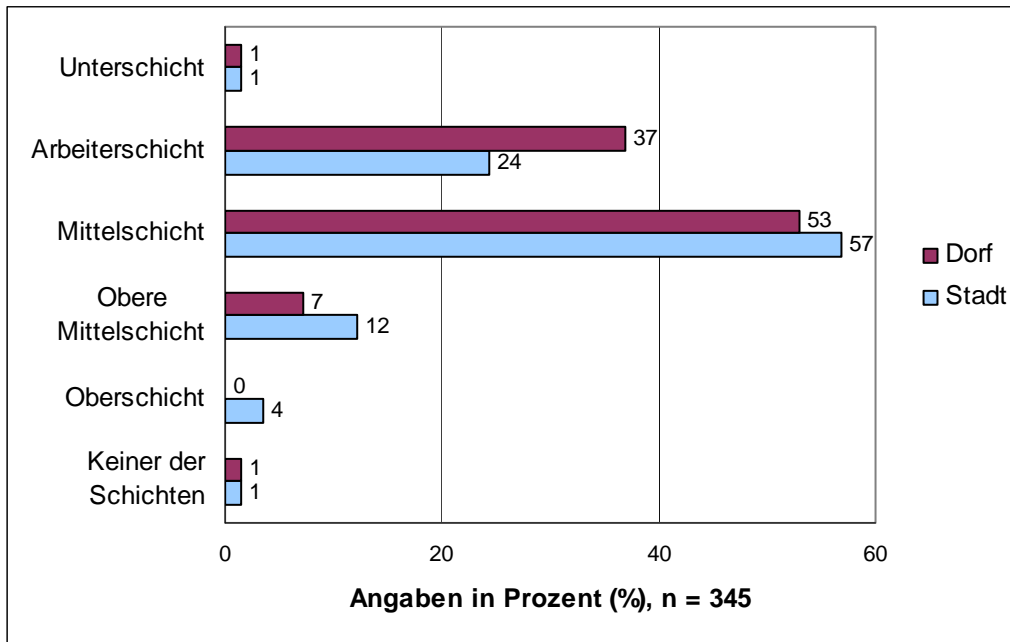
Häufig wird das Leben im ländlichen Raum mit traditionell orientierten Dorfgemeinschaften und starkem Zusammengehörigkeitsgefühl assoziiert. Der soziale Wandel verlief in den letzten Jahrzehnten in Dörfern jedoch nicht weniger dramatisch als in Städten. Die dörflichen Sozialstrukturen und Lebensformen haben sich ausdifferenziert nach Bildungsgrad, Stellung

im Beruf, wirtschaftlicher Situation und Lebensstilen. Von „homogenen“ Dorfgesellschaften und -gemeinschaften kann nicht gesprochen werden (Hainz 1999: 264).

Anhand der repräsentativen Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus 2004) wurde für das LAG-Gebiet untersucht, ob empirisch nachweisbare Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Räumen anhand zentraler sozialer Indikatoren existieren: Schichteinstufungen, Bildungsabschlüsse, Kirchgangshäufigkeit, ehrenamtliche Tätigkeiten, soziale Netze und Persönlichkeitseinschätzungen.

- Nach der subjektiven Schichteinstufung fühlen sich Städter häufiger der Oberschicht und oberen Mittelschicht zugehörig als Bewohner der Dörfer (7 % zu 16 %); entsprechend höher ist der Anteil von Unter- und Arbeiterschicht in Dörfern (38 % zu 26 %). Der Anteil der Mittelschicht ist vergleichbar (53 % zu 57 %).
- Die Landwirtschaft hat ihre Bedeutung als ökonomische Basis des Dorfes eingebüßt; nur noch eine kleine Minderheit von 3 % arbeitet in der Landwirtschaft. Der Anteil an Angestellten, Arbeitern und Beamten zeigt keine signifikanten Unterschiede zwischen Stadt- und Landbevölkerung auf. Hausfrauen stellen ein Viertel der Nicht-Erwerbstätigen in Dörfern (17 % in der Stadt).
- Schulabschlüsse weisen über die Schichtzugehörigkeit hinaus, indem sie Spielräume im kulturellen Feld eröffnen. Bei der Dorfbevölkerung ist eine gute Schulbildung viel weiter verbreitet als noch in den 1970er-Jahren. Dennoch bleibt ein größerer Rückstand im Vergleich zu Städten erkennbar, da der Anteil von Personen mit (Fach-)Abitur in Dörfern nur halb so hoch wie in Städten liegt (17 % im Vergleich zu 35 %). Die mangelnde Verfügbarkeit qualifizierter Tätigkeiten kommt hierin zum Ausdruck.
- Die Haushaltsgrößen unterscheiden sich in erwartbarem Maße. Nach den Allbus-Daten gibt es einen vergleichbaren Anteil an Zwei-Personen-Haushalten, weniger Alleinlebende in Dörfern (11 % zu 21 %) und dafür häufiger Mehrpersonen-Haushalte (52 % zu 40 %).
- Es gehen nur noch halb so viele Menschen mindestens einmal pro Woche zur Kirche wie Mitte der 1980er-Jahre, und zwar ganze 15 % der Dorfbevölkerung. 45 % der Dörfler/innen und 68 % der Städter gehen höchstens einmal pro Jahr in die Kirche.
- Ein Drittel der Dorfbewohner/innen sind mindestens einmal pro Monat ehrenamtlich aktiv sind, während es in Städten lediglich 21 % sind. 44 % sind aktive Mitglieder in einem Sport-, Freizeit- oder Kulturverein (32 % der Städter).
- Bei erfragten Persönlichkeitsmerkmalen zeigen sich Differenzen bei folgenden Aspekten: „Habe Fantasie“ betonen 71 % der Dörfler und 85 % der Städter, „bin gesellig“ meinen 67 % zu 72 % der Städter, „bin bequem, neige zur Faulheit“ meinen 10 % der Erwachsenen im Dorf und 22 % in der Stadt und „werde leicht nervös und unsicher“ stimmen 29 % der Dorfbewohner/innen und 18 % der Städter zu. Hier schimmern bekannte Muster von typischen städtischen und ländlichen Persönlichkeitsbeschreibungen durch.
- Die Verbundenheit mit dem Wohnort ist in den Dörfern dabei höher als in den Städten: Während sich 33 % der Städter sehr eng verbunden fühlen, sind es in Dörfern 44 %, und eng verbunden fühlen sich weitere 47 % (39 % in Städten).
- Die Umweltqualität wird von Dorfbewohnern/innen deutlich besser bewertet als von Städtern/innen. Über Lärm am Tag klagen sechs von zehn Städtern/innen (4 von 10 Dorfbewohner/innen).

Abb. 8: Subjektive Schichteinstufung (LAG-Gebiet)



Quelle: Allbus 2004, eigene Darstellung

Abb. 9: Berufliche Stellung (LAG-Gebiet)

Quelle: Allbus 2004, eigene Darstellung

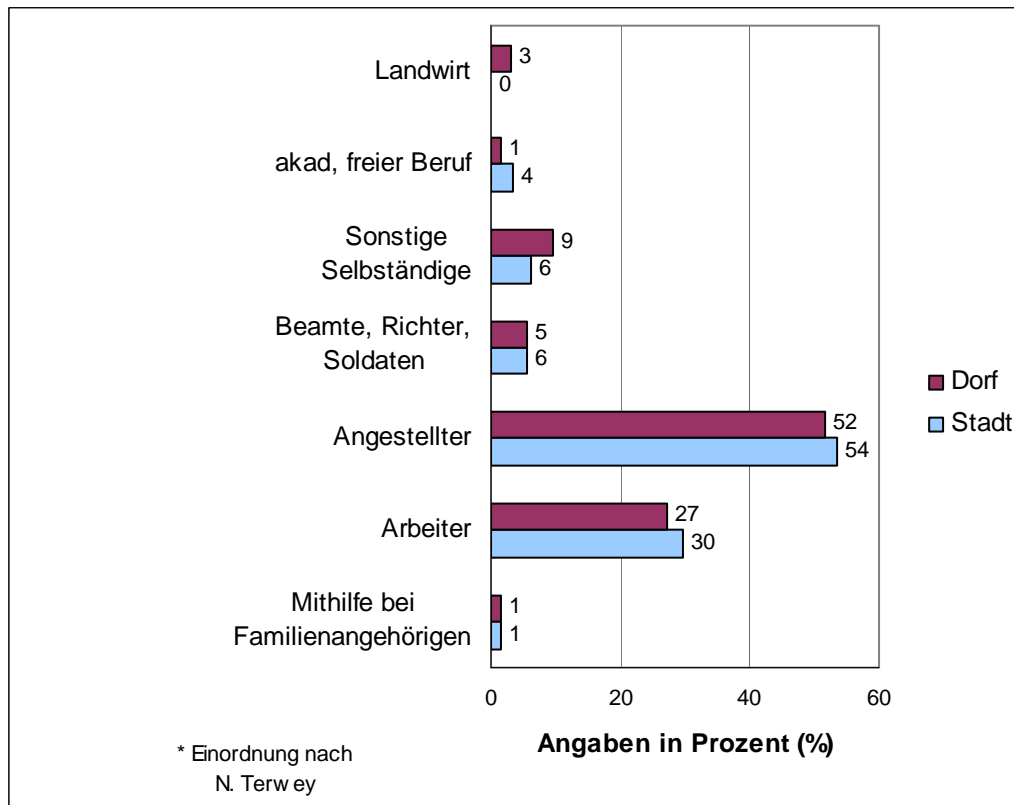
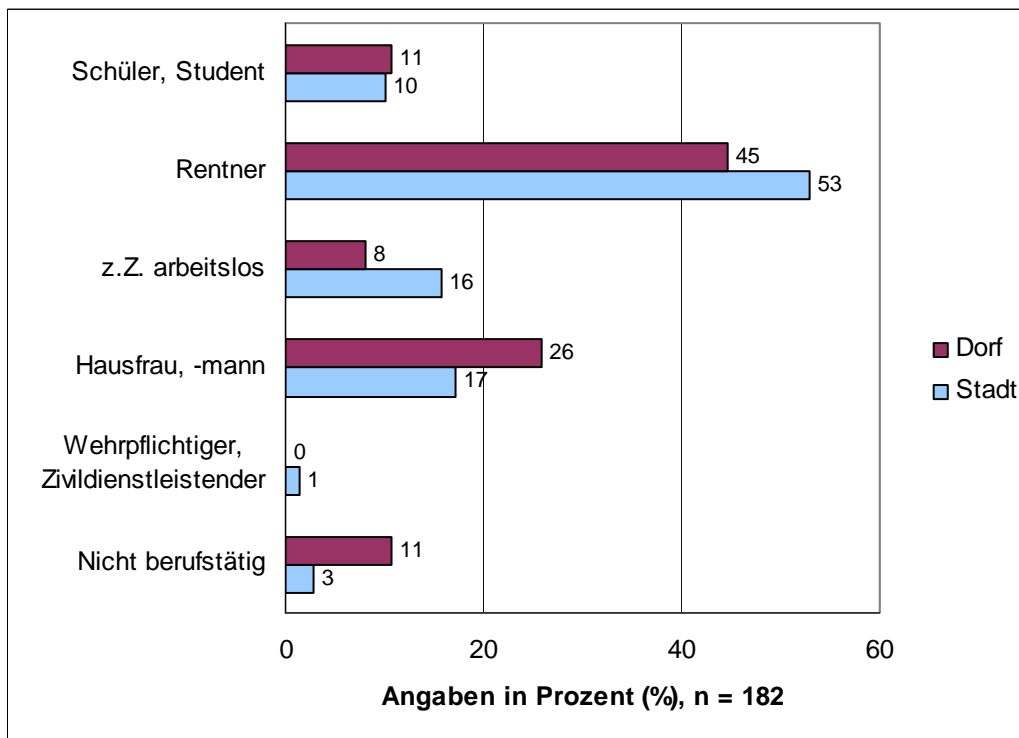
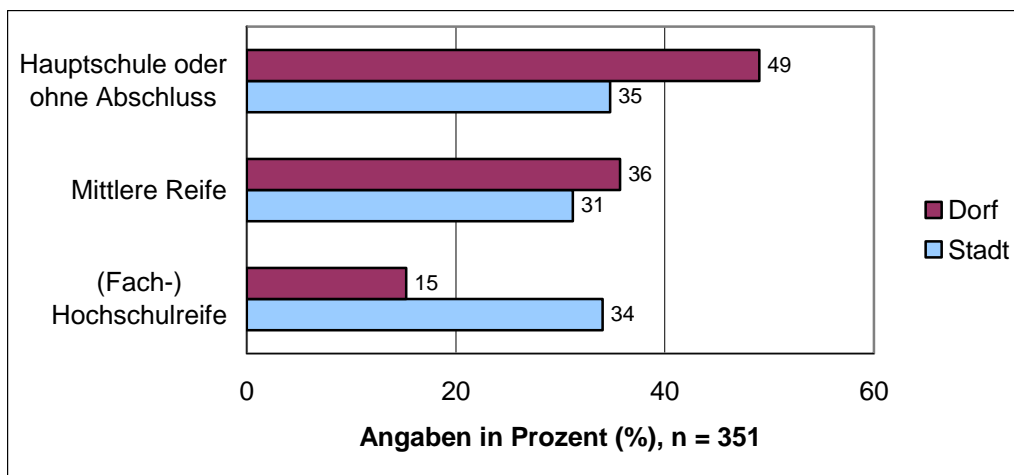


Abb. 10: Status der Nichterwerbstätigkeit (LAG-Gebiet)



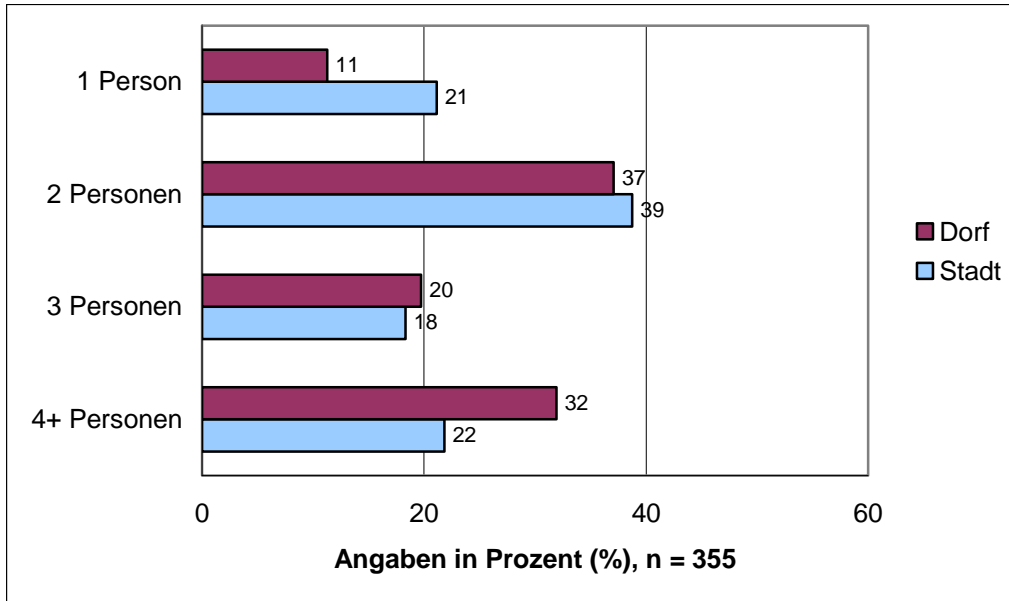
Quelle: Allbus 2004, eigene Darstellung

Abb. 11: Allgemeiner Schulabschluss (LAG-Gebiet)



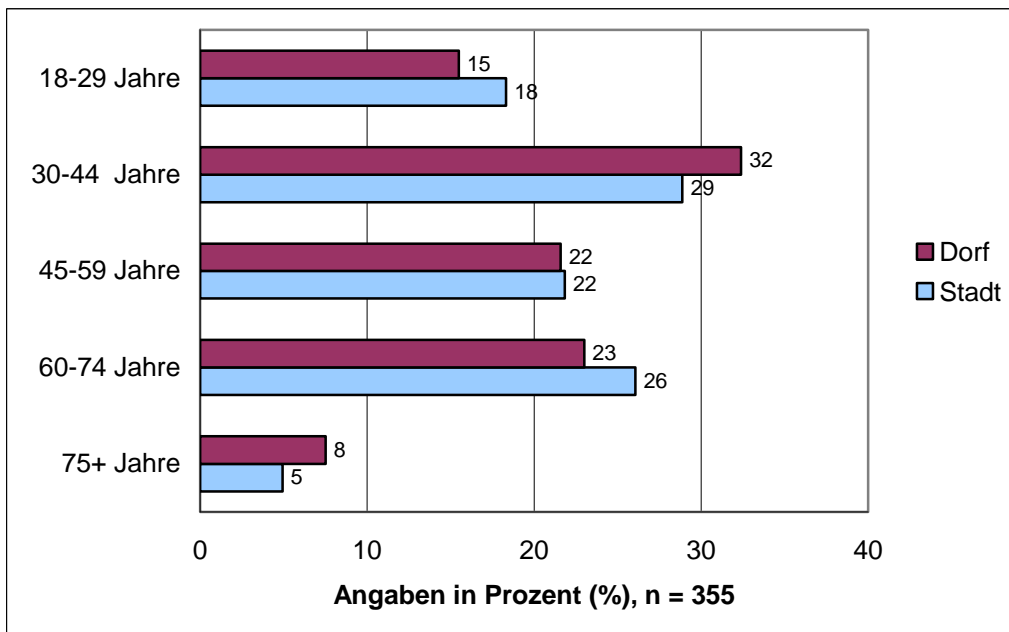
Quelle: Allbus 2004, eigene Darstellung

Abb. 12: Anzahl der Haushaltspersonen (LAG-Gebiet)



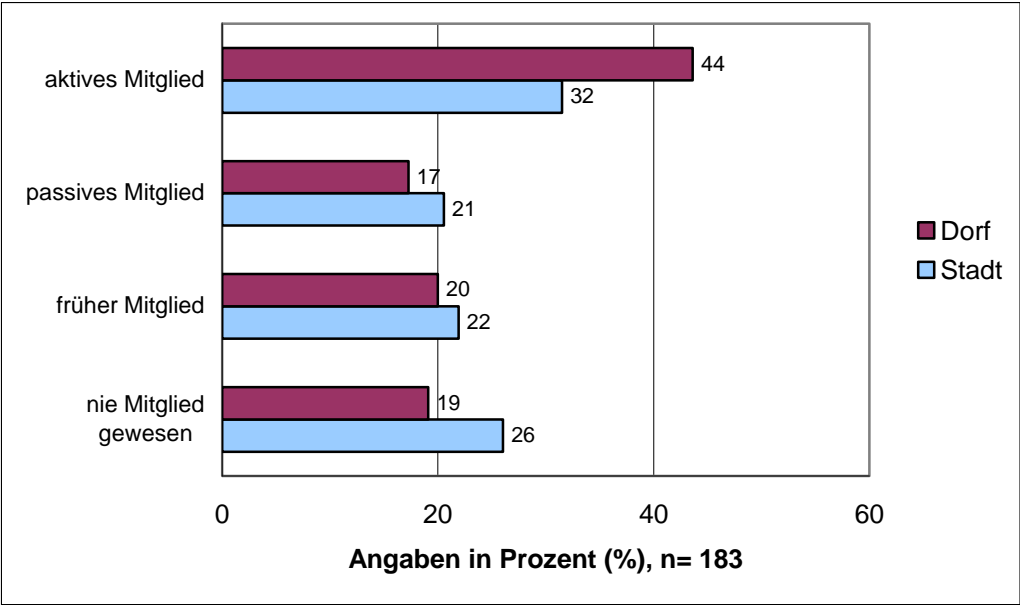
Quelle: Allbus 2004, eigene Darstellung

Abb. 13: Alter der Befragten (LAG-Gebiet)



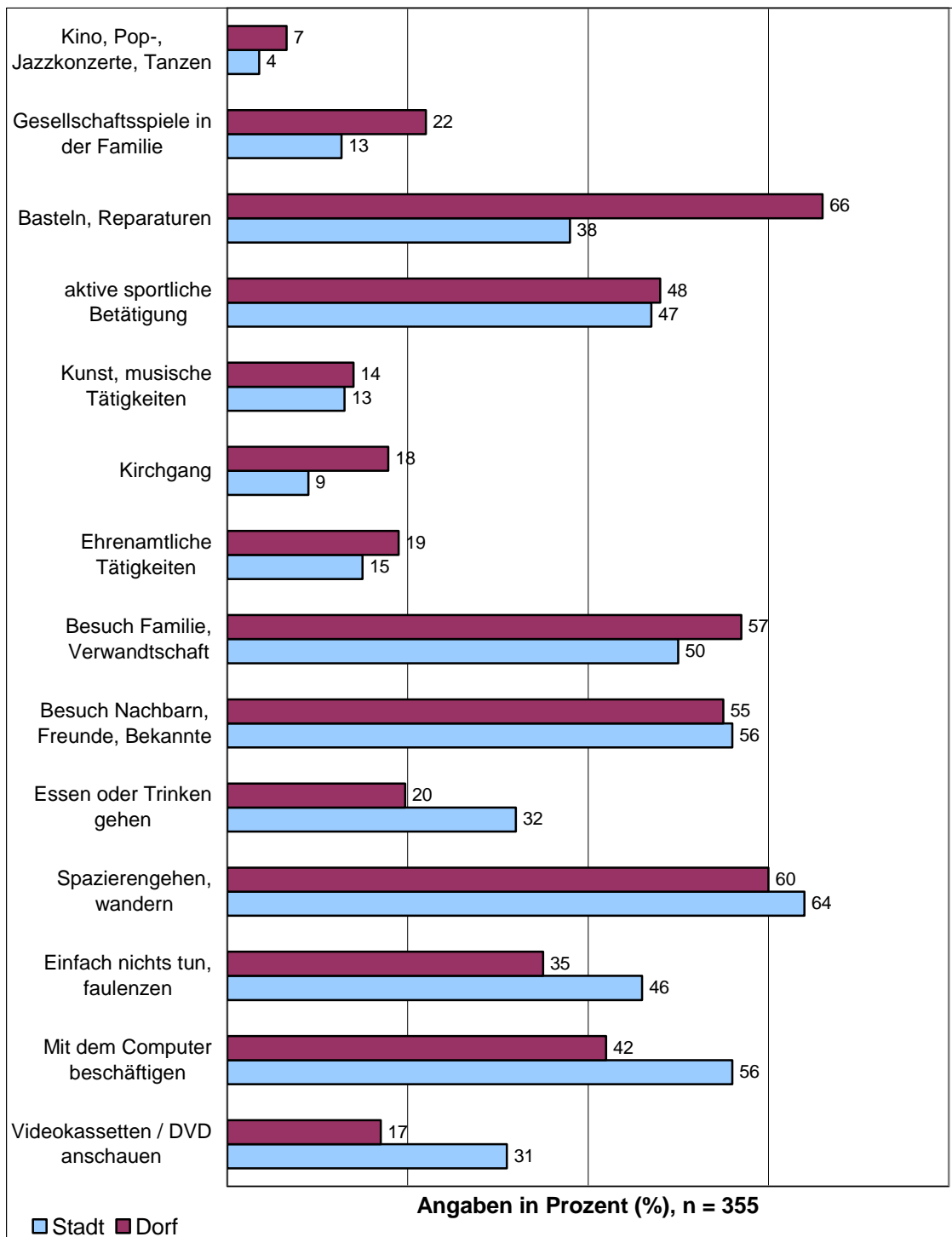
Quelle: Allbus 2004, eigene Darstellung

Abb. 14: Mitgliedschaft in Sport-, Freizeit- und Kulturvereinen (LAG-Gebiet)



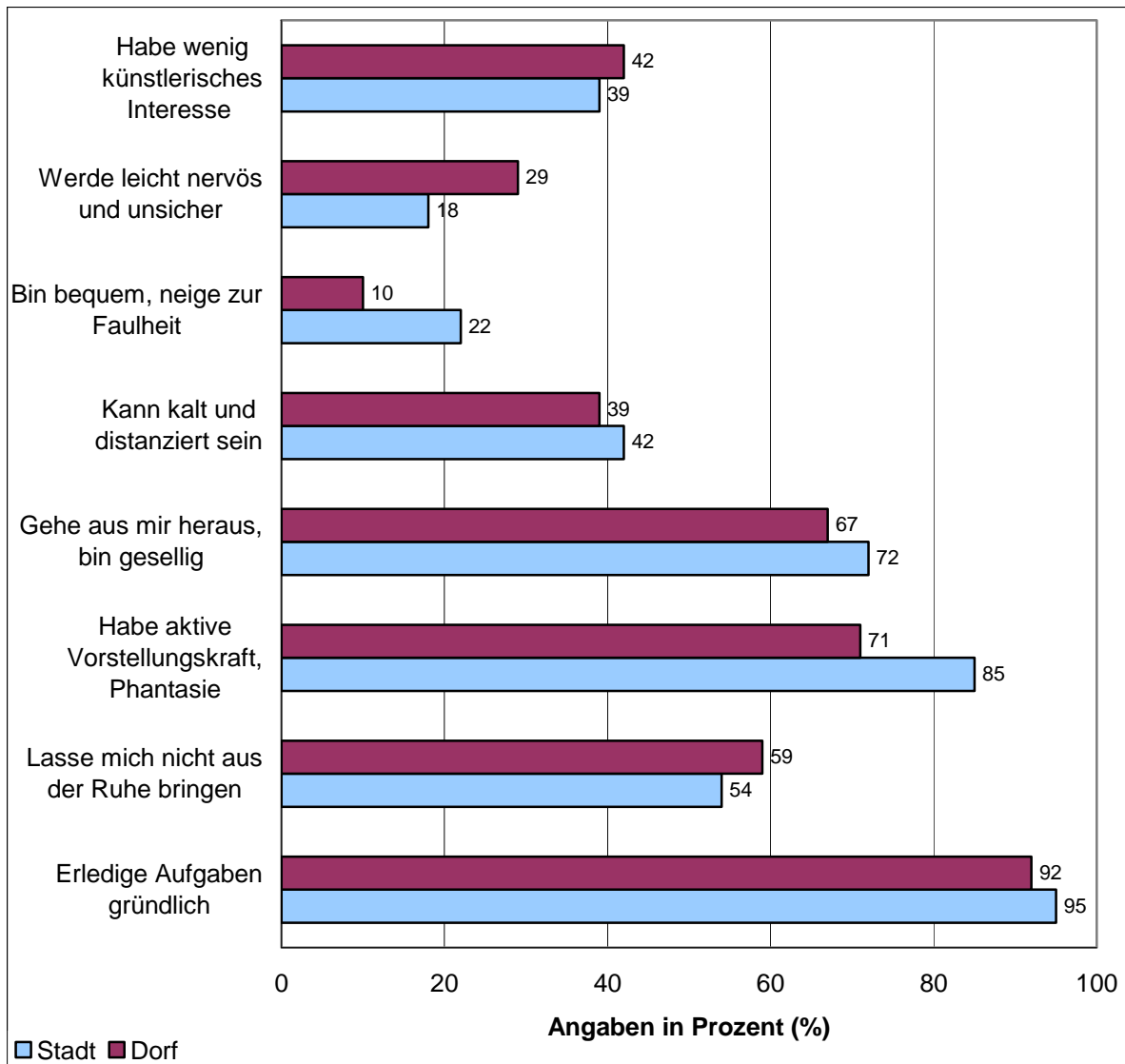
Quelle: Allbus 2004, eigene Darstellung

Abb. 15: Freizeitbeschäftigungen (täglich oder mind. 1-mal/Woche; LAG-Gebiet)



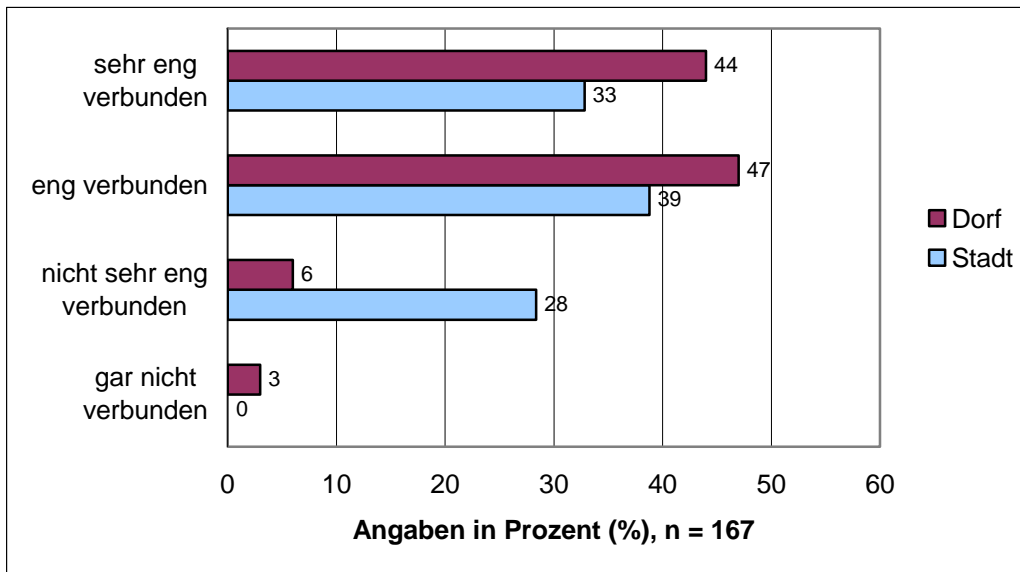
Quelle: Allbus 2004, eigene Darstellung

Abb. 16: Persönlichkeitsmerkmale (LAG-Gebiet)



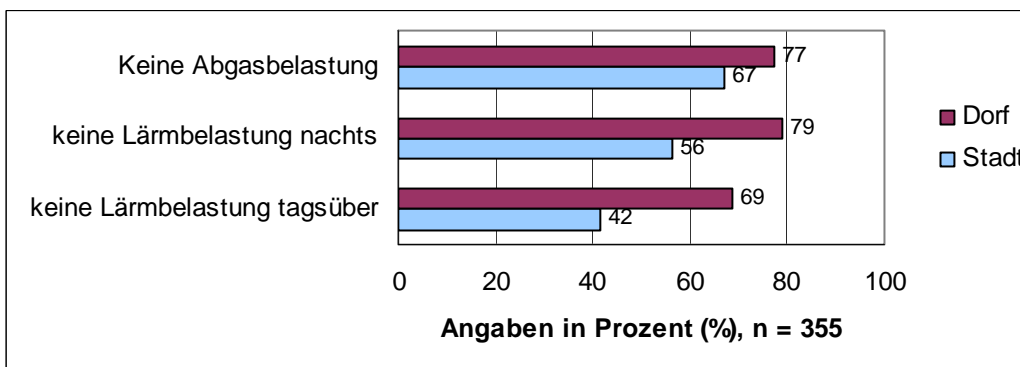
Quelle: Allbus 2004, eigene Darstellung

Abb. 17: Verbundenheit mit dem Wohnort (LAG-Gebiet)



Quelle: Allbus 2004, eigene Darstellung

Abb. 18: Umweltbelastungen (LAG-Gebiet)



Quelle: Allbus 2004, eigene Darstellung

Im Untersuchungsgebiet zeigt sich, dass hinsichtlich der sozialen Schichtung und der Haushaltsformen zwar noch in einigen Bereichen Unterschiede zwischen Stadt und Land vorhanden sind, eine Angleichung jedoch feststellbar ist. Demgegenüber bleiben bei der Verbundenheit mit dem Wohnort oder der Einschätzung der Umfeldqualitäten Unterschiede erkennbar.

Aus den sozialen Modernisierungsprozessen ergeben sich weitreichende Folgen für die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. So haben sich beispielsweise die Frauenrolle und das Verständnis von Partnerschaften gewandelt. Partnerschaftliche Beziehungen herrschen vor und auch die Eltern-Kind-Beziehungen orientieren sich an der „Verhandlungsfamilie“ statt an der autoritären Familie. Durch das veränderte Rollenbild und die Frauenerwerbstätigkeit wird die Versorgung älterer Menschen zunehmend auch auf dem Dorf in Frage gestellt. Schon heute belegen Studien die Unterversorgung und Vernachlässigung älterer Menschen, die aufgrund der Leitvorstellung, dass nur die eigene Verwandtschaft für Pflege und Unterstützung zuständig sei, keine professionelle Hilfe beantragen (Schweppe 2005). Nachbarn werden für körperliche und gesundheitliche Hilfestellungen nicht in Anspruch genommen bzw. können nicht helfen. Darüber hinaus verweigern Männer meistens noch ihren Part bei der konkreten Fürsorge und Mitarbeit in Haushalt und Familie.

Die Kirchengemeinde war bislang eine tragende Säule für die soziale Arbeit in den Gemeinden. Der allgemeine Trend – oder besser die zunehmende Privatheit religiöser Überzeugungen – zeigt sich auch in den Dörfern, wobei ein klarer Generationenbruch feststellbar ist. In institutioneller Hinsicht müssen neue Formen der Unterstützung und Integration gefunden werden: Selbsthilfe, freiwilliges Engagement und Zugang zu professioneller Hilfe. Auch Freunde und Bekannte sowie Vereine werden wichtiger, wenn die familiäre Versorgung nicht gewährleistet werden kann (Diewald 1994). Die Basis hierfür ist aufgrund des ehrenamtlichen Engagements tatsächlich größer als in Städten. Stadt-Land-Unterschiede sind bei der Besuchshäufigkeit von Nachbarn, Freunden, Familie oder Verwandtschaft und der Beteiligung in der Politik demgegenüber nicht feststellbar. Eine besondere Kontaktintensität und besser gelungene soziale Integration in Dörfern ist den Daten nicht zu entnehmen.

Wie in städtischen Kontexten führen Individualisierungstendenzen zu einer Pluralisierung von Lebensstilen und Lebensformen. Die Veränderungen in der dörflichen Sozialstruktur werden zudem stark durch die Zuziehenden mitbestimmt (Henkel 2004). Albert Herrenknecht (2004) identifiziert aktuell vier „dörfliche“ Kulturkreise: „Alt-Dörfler“ mit langer dörflicher Tradition und entwickeltem „Wir“-Bewusstsein, „Neu-Dörfler“ mit mittelständischem Lebensstil und hohen Freizeitansprüchen, die die Wohnqualität schätzen und hohe Wohnstandards pflegen, „Emanzipierte Dörfler“ mit kritischer Haltung dem Dorf gegenüber und individueller Entscheidung für einen alternativen Lebensentwurf sowie „Dorf-Rand-Dörfler“, die ausgegrenzt sind oder sich selbst isolieren und teilweise unfreiwillig Dörfler geworden sind. Die Modernisierungstendenzen sind an den Dörfern nicht vorbeigegangen. Damit hat sich ein weiteres Element dessen, was ländliche Räume ausmacht, auf einen Anpassungsweg in Richtung eines „rurbanen“ Lebensstils gemacht.

6 Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum

Die Forderung nach Sicherung der Daseinsvorsorge und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss neu „verhandelt“ werden. Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland zeigen dazu, dass die tradierten Instrumente der Raumordnung durch partnerschaftliche, integrative und regionsspezifische Strategien ergänzt werden müssen.

Mit der Novellierung des Raumordnungsgesetzes von 1998 wurde die nachhaltige Raumentwicklung §1(2) als Leitvorstellung der Raumordnung für Bund und Länder verankert. Die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum sollen mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht und so soll eine dauerhafte, großräumig ausgewogene Ordnung angestrebt werden. Damit verbindet sich die Forderung, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen herzustellen (§1(2) Nr. 6).

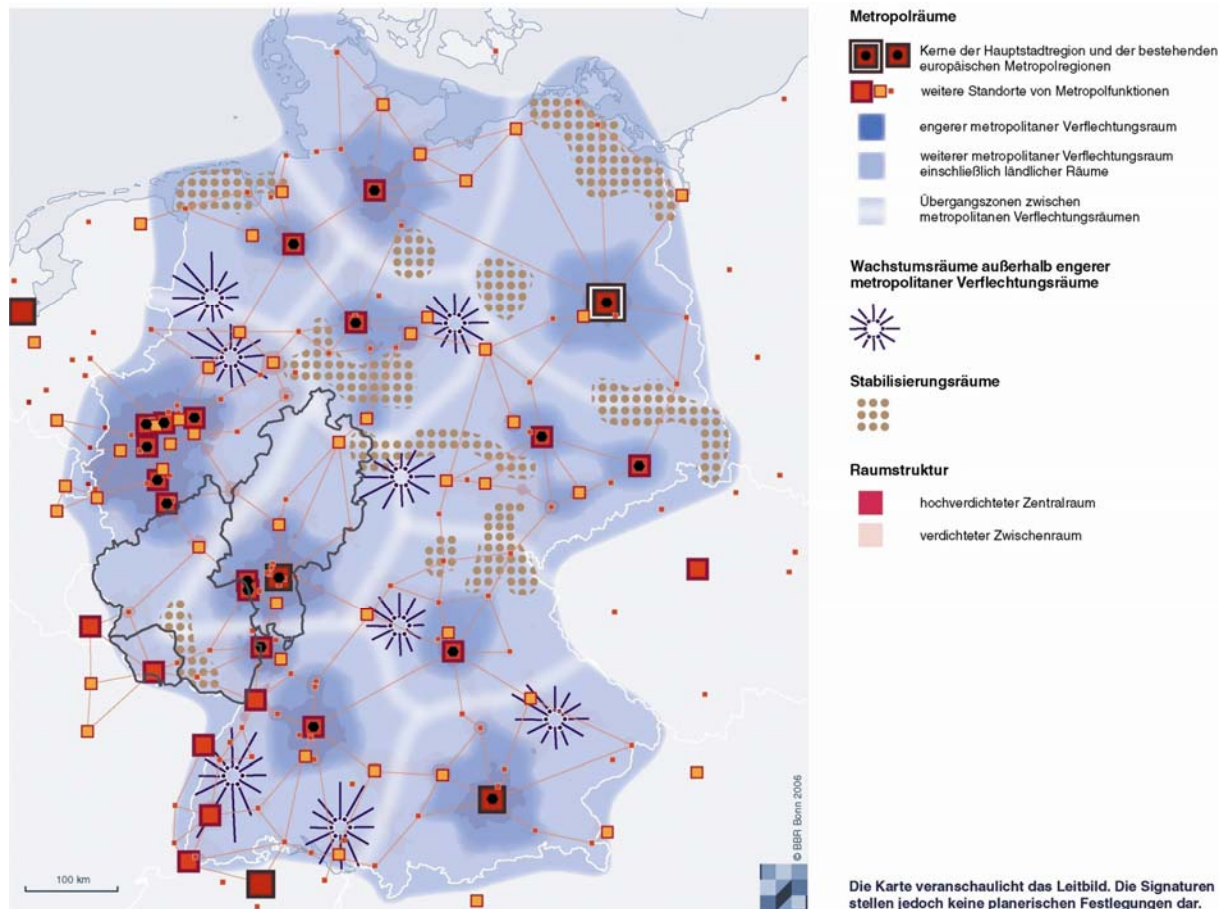
Trotz der gesetzlich verankerten Leitvorstellung nach einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wachsen die regionalen Disparitäten in Deutschland. Auch die subjektive Einschätzung der Bundesbevölkerung hinsichtlich der regionalen Lebensqualität legt offen, dass die Forderung nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse aus Sicht der Bürger nicht eingelöst wird (BBR 2005: 6). Deutlich werden das ausgeprägte Ost-West-Gefälle und die Abhängigkeit der Einschätzung von der ökonomischen Situation in der Region, weniger von der ländlichen oder städtischen Prägung. Mit dem sich verschärfenden demographischen und ökonomischen Wandel gerät das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Teilräumen immer mehr unter Druck (BBR 2005: 107). Hieraus ergibt sich ein Anpassungsbedarf, der aktuell auf der Ebene der Bundesraumordnung intensiv diskutiert wird (Hahne 2005) und auch bereits Eingang in Medienwelt und politische Debatten gefunden hat.

Im Positionspapier der ARL (2006b) zu gleichwertigen Lebensverhältnissen wird mit Nachdruck darauf verwiesen, dass das Gleichwertigkeitsprinzip in einem föderalen Sozialstaat wichtiger Politikauftrag bleiben muss (S. 6ff.). Als Gründe, den politischen Gestaltungs-

auftrag in räumlicher Hinsicht beizubehalten und weiterhin am Gleichwertigkeitsprinzip auszurichten, werden die notwendige soziale Integration und Teilhabe, die optimale Nutzung der unterschiedlichen Potenziale aller Teilräume und Begabungen der dort lebenden Bevölkerung sowie das europäische Ziel des territorialen Zusammenhalts angeführt. Allerdings wird unter aktuellen und prognostizierten Rahmenbedingungen der Raumentwicklung eine Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsprinzips gefordert und Handlungsansätze für eine Reform des Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Kommunen, für die regionale Wirtschaftspolitik und die Raumordnungspolitik werden formuliert. Grundsätzlich spiegeln diese Forderungen zur Neuorientierung und nach zukunftsfähigen Anpassungsstrategien die stärkere Anerkennung von Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Räumen und Entwicklungsprozessen sowie die Notwendigkeit eines „pro-aktiven“ Politikansatzes in der Raumordnung wider.

Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland kündigen hier einen Politikwandel hinsichtlich der bisherigen raumordnungspolitischen Strategie an. Das Leitbild 1 „Wachstum und Innovation“ (BBR, BMVBS 2006: 38 ff.) nimmt Bezug auf die „Lissabon-Strategie“, die die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Regionen als eines der Hauptziele europäischer Politik bekräftigt. Als zentraler Pfeiler dieses Leitbildes lässt sich der Metropolregionen-Ansatz verstehen, der allerdings durch ausgleichsorientierte Strategien flankiert werden soll: Zum einen verbindet sich mit den „Stabilisierungsräumen“ die Unterstützung strukturschwacher und peripherer Räume und Förderung endogener Potenziale. Zum anderen greift die Idee der *regionalen Verantwortungsgemeinschaften* auf das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK 1999: 20) zurück, das die Stärkung der Partnerschaft zwischen Stadt und Land als Ziel einer integrierten europäischen Raumentwicklung formuliert. Damit geht der Appell an die *starken* Regionen einher, „sich nicht mit dem Rücken zum Rest des Landes aufzustellen“ (BMVBW, BBR, BfAG 2005: 29). Die *regionalen Verantwortungsgemeinschaften* könnten sowohl als selbstorganisierte Bottom-up-Prozesse als auch als Regionalisierung von oben auf der Basis integrierter regionaler Förderfonds (anstelle sektoraler Förderungen) modellhaft erprobt werden (BMVBW, BBR, BfAG 2005: 32). Eine interessen geleitete Kooperation zwischen Metropolenkern, Metropolregion und peripheren bzw. ländlichen Räumen kann sich hierbei auf eine funktionale Aufgabenverteilung beziehen, die sich in erster Linie auf die Support-, Ressourcen-, Energie- und Freiraumfunktion stützt (vgl. hierzu Hahne, Glatthaar 2006: 10). Allerdings gilt es für ländliche Räume aufzupassen, ob der einsetzende Paradigmenwechsel nicht auch zu einem fiskalischen Wechsel der Umverteilung zugunsten strukturstarker Regionen führt und damit neue Ineffizienzen und Mitnahmeeffekte produziert (Hahne 2007b).

Abb. 19: Leitbildkarte „Wachstum und Innovation“ mit den Grenzen der LAG-Länder



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Sogenannte Stabilisierungsräume beschränken sich im LAG-Gebiet auf den Pfälzerwald und den Werra-Meißner-Kreis östlich von Kassel. Die größte Fläche nehmen die „Übergangszonen“ zwischen den metropolitanen Verflechtungsräumen ein. Der Metropolregionen-Ansatz könnte durch grenzüberschreitende Agglomerationen in den westlichen und südwestlichen Grenzräumen ergänzt und somit – bezogen auf das LAG-Gebiet – das polyzentrische Gefüge zentraler Funktionen im Bereich der Großregion gestärkt werden. Dies gilt gleichermaßen für den „Regiopolen-Ansatz“ für beispielsweise Kassel (Aring, Reuter 2006). Damit verbessern sich die Voraussetzungen, ländliche Räume in funktionierende *regionale Verantwortungsgemeinschaften* einzubinden.

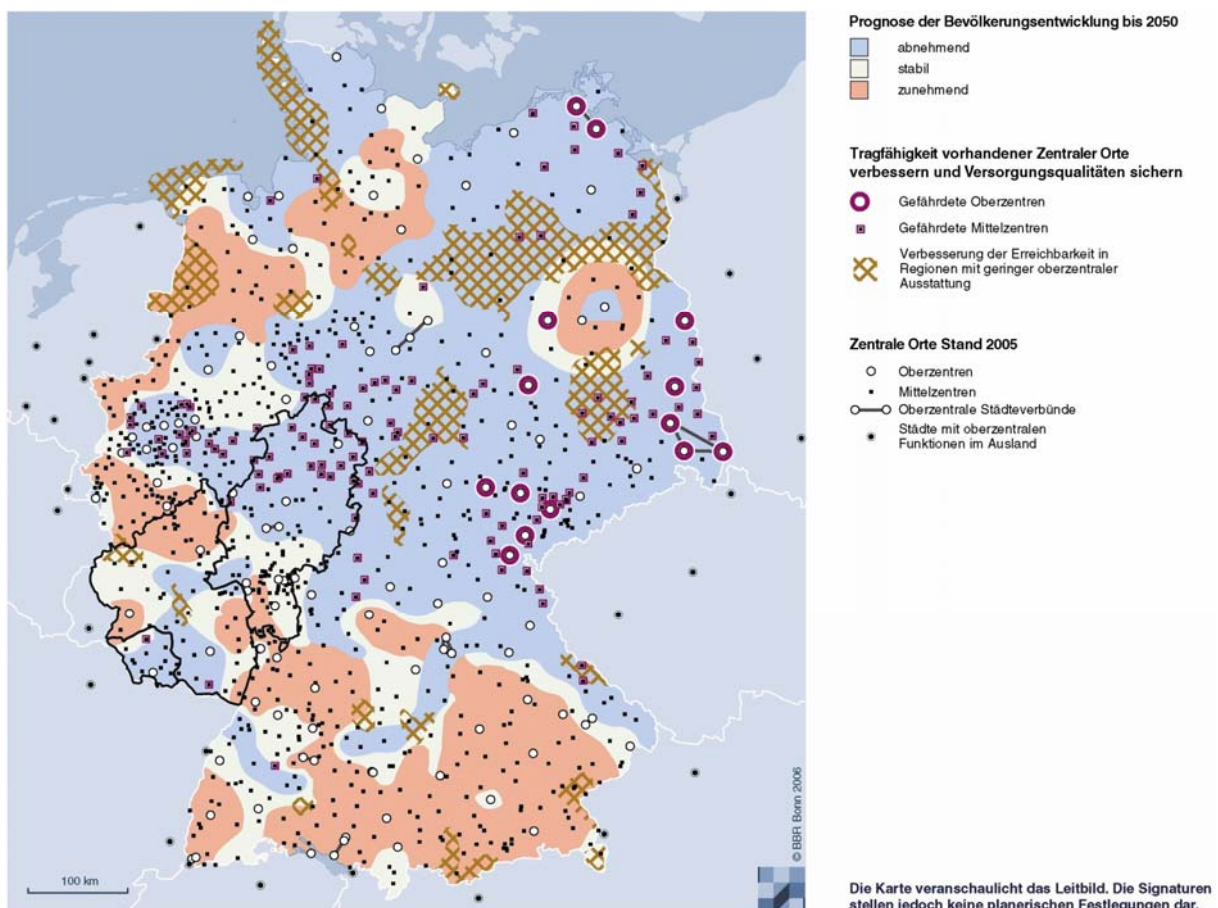
Der Entwurf des Landesentwicklungsprogramms IV von Rheinland-Pfalz (2006) konkretisiert das Leitbild „Entwicklung“ durch landesweit bedeutsame, individuelle Entwicklungsräume (u. a. Entwicklungsbereiche mit ländlicher Struktur oder mit oberzentraler Ausstrahlung) und Schwerpunkte. Ländliche und verdichtete Räume „stehen für das Land als Ganzes in Partnerschaft und in gemeinsamer Verantwortung“ (S. 27), allerdings wird dieser Hinweis auf die *regionalen Verantwortungsgemeinschaften* nicht weitergehend operationalisiert.

Der Landesentwicklungsplan, Teilabschnitt Siedlung des Saarlandes (2006: 982 f.) definiert „Handlungsräume“ zur individuellen Unterstützung teilraumspezifischer Entwicklungs- und *Regional Governance*-Ansätze. Hierzu zählen beispielsweise der Handlungsraum Obermosel – Saar-Moselgau oder der Handlungsraum Bliesgau, beides ländliche Räume mit spezifischen Anforderungen und Chancen (Nähe zu Luxemburg oder die Ausweisung des geplanten Biosphärenreservates Bliesgau).

Demographischer und sozialer Wandel stellen die Tragfähigkeit der Strukturen zur Daseinsvorsorge in vielen Regionen infrage. Das Leitbild 2 „Daseinsvorsorge sichern“ (BBR, BMVBS 2006: 45 ff.) betont die Bedeutung und gleichzeitig den Anpassungsbedarf des Zentrale-Orte-Systems zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Allerdings wird auch die Notwendigkeit gesehen, dieses durch innovative und regionalisierte Lösungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu ergänzen. Im Vordergrund stehen hierbei interkommunale Kooperationen und integrative Konzepte sowie flexible und mobile Formen der Daseinsvorsorge in den besonders dünn besiedelten Räumen. Voraussetzung ist eine Verständigung über Mindeststandards der Versorgung und damit auch ein gesellschaftlicher Konsens über die Neuinterpretation gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dabei wird es insbesondere um Neuorganisationen der Versorgung auf der Stufe der Nahbereiche (Klein-, Grund- und Unterzentren) gehen, aber auch um die Aufrechterhaltung von mittelzentralen Funktionen.

Abb. 20 zeigt, dass im LAG-Gebiet in weiten Teilen von einer abnehmenden Bevölkerungsentwicklung ausgegangen werden muss. In Nordhessen konzentrieren sich die in ihren zentralen Funktionen und somit ihrer Tragfähigkeit gefährdeten Mittelzentren. Im Landesentwicklungsplan „Hessen 2000“ wird diese Entwicklung noch nicht thematisiert.

Abb. 20: Leitbildkarte „Daseinsvorsorge sichern“ mit den Grenzen der LAG-Länder.



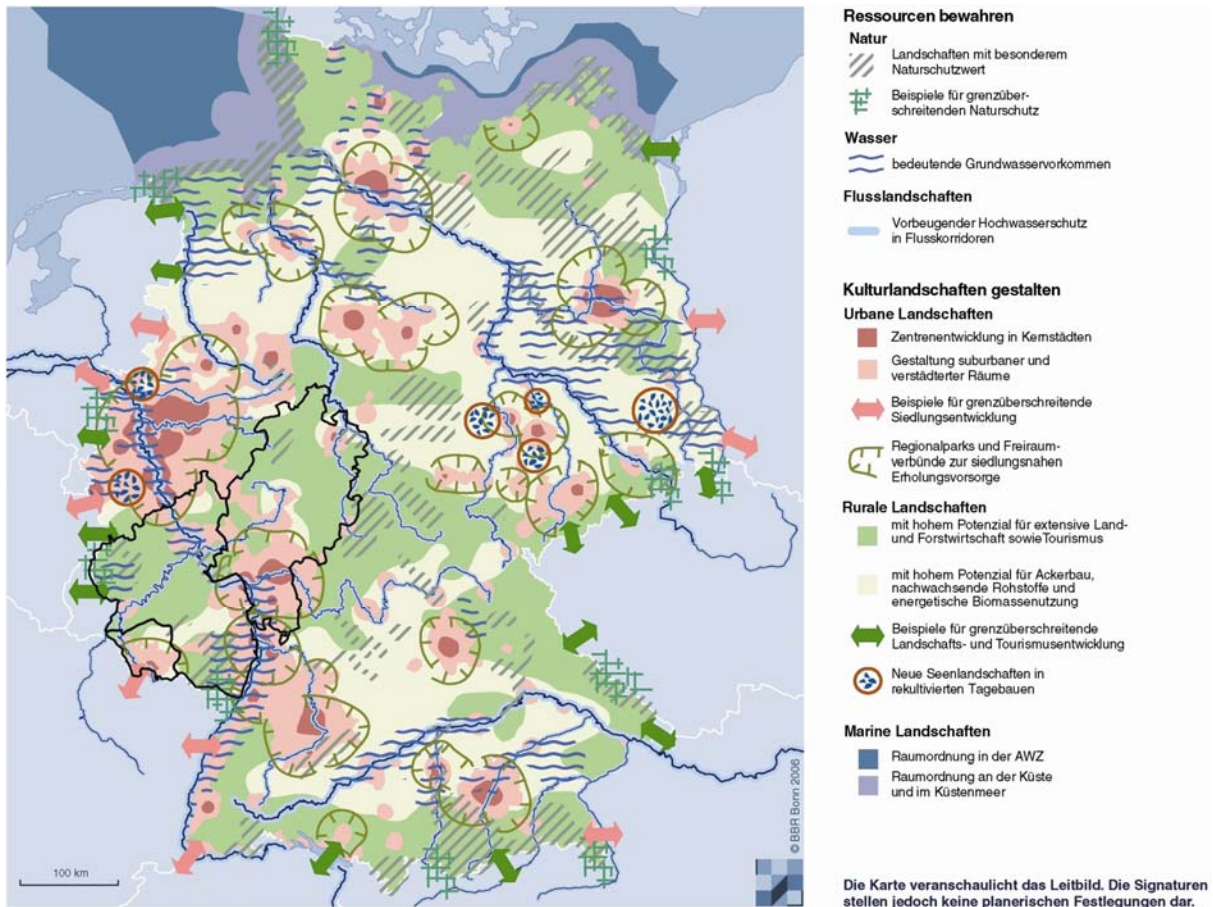
Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Der Landesentwicklungsplan des Saarlandes, Teilabschnitt Siedlung (2006: 971) stellt hierzu fest: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt besteht allerdings kein Änderungsbedarf des Zentrale-Orte-Systems im Saarland. Sollten zu einem späteren Zeitpunkt in der Folge des demografischen Wandels die bislang landesplanerisch festgelegten Mittel- bzw. Grundzentren an zentralörtlicher Bedeutung verlieren, ist zu überprüfen, ob ihre Einstufung noch aufrecht erhalten werden kann bzw. ob diese in ihrer Zentralität abgestuft werden müssen. Hierbei spielen jedoch nicht nur Ausstattungsmerkmale eine Rolle, sondern auch Erreichbarkeitskriterien. Gerade die zentralen Orte im ländlichen Raum tragen bei rückläufiger Bevölkerungszahl zu einer angemessenen und dauerhaft gesicherten überörtlichen Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen bei.“ Als wesentliche Aspekte zur Sicherung tragfähiger Einrichtungen der Daseinsgrundversorgung werden dabei eine stringente Konzentration der Entwicklung auf die zentralen Orte und eine offensive Förderung der interkommunalen Kooperation angesehen (S. 982 und S. 973 f.).

Der Entwurf des Landesentwicklungsprogramms IV von Rheinland-Pfalz (2006: 44) bietet einen Orientierungsrahmen für Mindestversorgungsstandards in Bereichen unterschiedlicher zentralörtlicher Funktion. Gleichzeitig regt er im Rahmen des Leitbildes „Daseinsvorsorge“ als Weiterentwicklung des Zentrale-Orte-Konzeptes die Kooperation von Gemeinden im Rahmen von „mittelzentralen Verbänden kooperierender Zentren“ an. Dabei sind zentrale Orte innerhalb der Mittelbereiche in den ländlichen Räumen zu intensiver Zusammenarbeit in allen Bereichen der Daseinsvorsorge verpflichtet (S. 82). Hierzu sollen öffentliche Fördermaßnahmen insbesondere in ländlichen Räumen grundsätzlich an interkommunal abgestimmten Planungen ausgerichtet werden (S. 85).

Das Leitbild 3 „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“ (BBR, BMVBS 2006: 50 ff.) stärkt die Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung. Dabei geht es nicht nur um den Schutz von Ressourcen und Freiräumen, sondern auch um die Entwicklung und Gestaltung von Landschaften und ihrer spezifischen Potenziale. In den ländlichen und peripheren Räumen sollen die Entwicklungschancen in den Bereichen Natur und Landschaft, Primärproduktion und Tourismus, nachwachsende Rohstoffe und energetische Biomasseproduktion offensiv genutzt werden. Im Vordergrund steht der Einstieg in ein aktives Raummanagement, es geht um neue Partnerschaften und kooperative Ansätze in der Bewältigung von Nutzungskonflikten.

Abb. 21: Leitbildkarte „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“ mit den Grenzen der LAG-Länder.



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Der Entwurf des Landesentwicklungsprogramms IV von Rheinland-Pfalz (2006) legt in diesem Bereich ein breites Spektrum thematischer Leitbilder vor, u. a. für den Freiraumschutz, für „Landschaften“, Erholungs- und Erlebnisräume, „historische Kulturlandschaften“, für unterschiedliche Naturgüter und traditionelle Freiraumnutzungen wie die Landwirtschaft. Die Leitbild-Aussagen lassen sich dabei kaum mehr mit den klassischen Raumkategorien von verdichteten und ländlichen Räumen in Deckung bringen, sondern werden in spezifischer Überlagerung für die einzelnen „Entwicklungsbereiche“ wirksam. Allerdings vermitteln die (kultur)landschaftsbezogenen Leitbilder eher den Eindruck einer am Status quo oder an historischen Situationen orientierten Ausrichtung (im Sinne „stereotyper Landschaften“) denn einer zukunftsgerichteten Landschaftsentwicklung.

Einen stetig wachsenden Einfluss entfalten die raumbedeutsamen europäischen Fachpolitiken im ländlichen Raum, insbesondere die Gemeinschaftliche Agrarpolitik (GAP). Diese generiert trotz rückläufiger Tendenz die höchsten Rückflüsse für Deutschland und macht noch 44% des EU-Haushaltes aus. Der Fokus der GAP liegt dabei in erster Linie auf der landwirtschaftlichen Nutzung, was vonseiten der Raumordnung bereits seit langem kritisiert wird: „seit nahezu zwei Jahrzehnten werden Versuche unternommen, die Agrarstrukturpolitik in einen größeren wirtschaftlichen und sozialen Kontext des ländlichen Raumes einzubinden“ (BBR 2005: 323).

Ein stark räumlich orientierter Teil der GAP ist das LEADER-Programm. Das LEADER-Programm bietet die Option, Prozesse der Regionalentwicklung und Selbstorganisation im

ländlichen Raum zu unterstützen. Die ehemalige Gemeinschaftsaufgabe ist nun in das Mainstream-Programm der Strukturförderung aufgenommen worden (ELER-Verordnung, VO 1698 EG 2006). Ziel von LEADER-geförderten Maßnahmen ist es, innovative Ansätze der wirtschaftlichen (nicht allein primärsektoralen), politischen und sozialgemeinschaftlichen Entwicklung zu fördern. Der geringe zwingend vorgeschriebene Minimalmittelansatz (5 % des Gesamtmittelvolumens einer territorialen Planungseinheit, in Deutschland die Bundesländer) bedingt jedoch eine latente Unterausstattung mit Finanzmitteln.

Die Mittelausstattungen bei LEADER sind in den drei Ländern des LAG-Gebietes durchaus unterschiedlich: Während das Saarland (14,6% der ELER-Mittel) und Hessen (mit 12–15 % der ELER Mittel) im Bundesvergleich die größten LEADER-Anteile aufweisen, liegt Rheinland-Pfalz mit 8,3 % im Mittelfeld der Bundesländer (Friess, Wehmeyer 2006).

Trotz des LEADER-Ansatzes bleibt die Chance auf eine innovative, auf individuelle Begabungen von Regionen ausgerichtete Förderpolitik für ländliche Räume im Zuge der Förderperiode 2007 bis 2013 des ELER weitgehend ungenutzt (Hahne 2007a). Anstatt einen Politikwechsel hin zu einer stärkeren regionalen und lokalen Verantwortung zu betreiben, bleibt die ELER-Verordnung ein Instrument der Landwirtschaftssubvention und einer – vielfach mit der Landes- und Regionalplanung unabgestimmten – Dorferneuerung und Regionalentwicklung, wie sie bereits seit 2004 durch die „Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepte“ (ILEK) praktiziert wird. Damit wird eine Parallelentwicklung zur Raumordnung durch die Agrarressorts gefördert, die den Zielen einer nachhaltigen und Ressourcen sparenden Raumordnung vielfach im Wege stehen, häufig dieser sogar widersprechen: Einerseits wird in der Raumordnung das Ziel der dezentralen Konzentration verfolgt, andererseits werden zentralörtliche Einrichtungen in nichtzentralen Orten durch die Regionalentwicklung mit Fördermitteln zur Entwicklung des ländlichen Raumes gefördert (Kühne 2007). Eine strategische Ausrichtung der Förderung des ländlichen Raumes (ELER) an den Zielen der Raumordnung würde zu einer höheren Nachvollziehbarkeit, Stringenz und Effizienz der Politik für ländliche Räume führen.

7 Zur Kommunalpolitik und -verwaltung im ländlichen Raum

Die Erosion des Politischen zeigt sich vor allem in dünn besiedelten Räumen und führt oftmals zu einer Überforderung von Kommunalpolitik und Verwaltung angesichts immer komplexerer gesellschaftlicher und räumlicher Entwicklungen. Eine Funktional- und Gebietsreform könnte erforderliche Anpassungsprozesse initiieren.

Raumordnung ist in besonderer Weise von Strukturanpassungen des politischen Systems an die gesellschaftliche Umwelt und veränderte Rahmenbedingungen betroffen. In einer Gesellschaft, die durch Individualisierung, soziale Fragmentierung und einen grundlegenden Wertewandel geprägt ist, wird ein alleiniger Anspruch des Staates auf Definition und Umsetzung des *volonté général* illusorisch. Die wachsende Bedeutung der Zivilgesellschaft schränkt den Handlungsrahmen der Politik ein: Partizipations-, Kooperations- und Selbstorganisationsprozesse stellen im politischen Agieren stets eine Kompromissfindung von politischer oder persönlicher bzw. gemeinschaftlicher Intension dar und können somit lediglich als indirekte Steuerung durch das politische System verstanden werden (vgl. Wollmann 2004, Kühne 2006a).

Die Erosion nationaler und subnationaler politischer Macht, die Vielfalt an starken regionalen Akteuren, die Intensität räumlicher Verflechtungen jenseits administrativer Grenzen und die Komplexität von Entscheidungsprozessen engen gleichzeitig die Spielräume einer *Top-down*-Planung ein. Für nationale, regionale und lokale Politiken ist Gesellschaft also immer weniger steuerbar: Politik und Raumordnung stehen einer immer vielschichtigeren gesellschaftlichen Umwelt gegenüber, ohne dass die traditionellen Steuerungsmechanismen in gewohntem Maße greifen.

Die Erosion des Politischen zeigt sich vor allem dort, wo die Einwohnerdichten gering sind: Die Abnahme der Bindungswirkung für Parteien äußert sich in besonderer Weise im Rückgang von Mitgliederzahlen, in Überalterung und abnehmender Bereitschaft zum kommunalpolitischen Engagement. Für ländliche Räume führt dies zu einem (erzwungenen) Bedeutungsgewinn von Selbstorganisation und der zunehmenden Notwendigkeit von Kooperation. Das führt zu einer stärker individuellen Entwicklung und größeren Entwicklungsunterschieden untereinander sowie zu den Stadtregionen.

Einen Indikator für die verringerte Bindungskraft etablierter politischer Strukturen wie Parteien und Gremien der kommunalen Selbstverwaltung bildet der Rückgang der Bereitschaft, sich für ein politisches Amt oder Mandat zur Verfügung zu stellen. So wurden im Saarland bei der Kommunalwahl 2004 acht Ortsräte durch Einheitslisten (die Kandidatinnen und Kandidaten treten statt auf getrennten Listen auf einer Liste an) gewählt; bei der Kommunalwahl 1999 waren es lediglich zwei Ortsräte. Dies setzt auf lokaler Ebene das Prinzip der Konkurrenzdemokratie außer Kraft. Selbst auf Gemeindeebene werden zunehmend Klagen laut, dass für die Kommunalwahlen 2009 zumeist die kleineren Parteien (Grüne, FDP, Freie Wähler) ihre Listen nicht mehr besetzen können und somit ein Antreten zu den jeweiligen Wahlen gefährdet ist.

In vielen ländlichen Regionen sind Kommunalpolitik und Gemeindeverwaltungen hinsichtlich ihrer Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung überfordert. Komplexe gesellschaftliche Entwicklungen und zunehmende räumliche Verflechtungen erfordern strategisches, oftmals auf die Region ausgerichteteres Denken und Handeln. Dieses ist aufgrund des Ausbildungsstandes und der geringen Personaldecke vieler kommunaler Verwaltungen und Räte nicht leistbar. Gleichzeitig zeigen die zunehmende Bedeutung der interkommunalen Kooperation und eine steigende Bereitschaft zur übergemeindlichen Zusammenarbeit, dass die ländlichen Gemeinden in einer Welt globaler Perspektiverweiterungen, immer aufwändigerer Verwaltungsarbeit vor Ort und rückläufiger Einwohnerzahlen zu klein geraten sind. Insofern erscheint eine Funktional- und Gebietsreform geboten, die einerseits Entscheidungskompetenzen für lokale Bedarfe und Problemlösungen stärker auf die örtliche Ebene verlagert, andererseits komplexe Planungsprozesse einer Ebene überträgt, die hierzu strukturell in der Lage ist.

8 Entwicklungskonzepte und Anpassungsstrategien für den ländlichen Raum



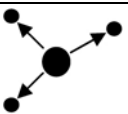



Die Kommunen sind aufgerufen, im interkommunalen Verbund bzw. auf regionaler Ebene Entwicklungskonzepte und Anpassungsstrategien zu erarbeiten, welche die ortsspezifischen Potenziale aufgreifen und in eine abgestimmte regionale Strategie einbringen. Dem wachsenden Problemdruck steht jedoch die Einschätzung der Kommunalpolitiker, nur über sehr eingeschränkte eigene Handlungsmöglichkeiten zu verfügen, gegenüber.

Der demographische Wandel führt zu sehr unterschiedlichen räumlichen Auswirkungen und setzt enorme Segregations- und Polarisierungsprozesse in Gang. Migrationsprozesse überlagern bzw. verschärfen die Situation, vor allem in den peripheren Räumen. Diese Entwicklungen erfordern nicht nur eine Neuausrichtung der Sozialpolitik und Reform des Wohlfahrtsstaates, sondern betreffen die Kernkompetenzen der Raumordnungspolitik: „Die wohl wichtigste raumordnerische Aufgabe der Zukunft wird sein, den Auswirkungen des demographischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels auf die öffentliche Daseinsvorsorge in den schrumpfenden Regionen zu begegnen und eine ausreichende und ausgeglichene Versorgung sicherzustellen“ (BBR 2005: 107). Kernthemen sind Bildung, Gesundheit und Öffentlicher Personenverkehr. Die Tragfähigkeit vorhandener Infrastruktur steht vor allem in Regionen, in denen Bevölkerungsrückgang und eine gering verdichtete Siedlungsstruktur bzw. periphere, zentrenferne Lage zusammentreffen, auf dem Prüfstand.

Die Kommunalpolitik ist aufgerufen, ortsspezifische Anpassungsstrategien zu entwerfen und im regionalen Konsens umzusetzen, um die räumlichen und technischen Strukturen sowie die öffentlichen und privat-öffentlichen Angebote den veränderten Bedingungen anzupassen. Je früher sie dies tut, desto geringer fallen die Anpassungskosten aus, desto eher kann die Lebensqualität in neuen Maßen erhalten werden und desto größer sind die verbleibenden Zukunftsoptionen. Jedes Zögern in der jetzigen Situation verengt die Anpassungsmöglichkeiten in der Zukunft und verteuert die Lösungen für die Bürger.

Hierzu gibt es bereits viele erfolgreiche Modellprojekte in Deutschland, u. a. unterstützt im Rahmen der Modellvorhaben des Bundes 2003 bis 2006 (Umstrukturierung statt Zuwachs, Themenschwerpunkt „Infrastruktur und demographischer Wandel“), wie auch im europäischen Ausland (BBR 2003).

Abb. 22: Grundsätzliche Handlungsoptionen der Infrastrukturentwicklung

Handlungsoptionen		Beispiel
Verbesserung der Erreichbarkeit		Optimierte ÖPNV-Netze Nachfrageorientierte Taktzeiten
Verkleinerung		Flexibler Bedienverkehr in der Fläche
Dezentralisierung		Mehrere Biokläranlagen statt Großkläranlage Bürgerämter statt Zentralverwaltung
Zentralisierung (mit Erreichbarkeitsstrategie)		Schulzusammenlegung mit Schulbussystem Ärztelhäuser
Temporäre Ansätze		Wochenmärkte Mobile Bibliotheken
Neustrukturierung/Substituierung		Warenbestellung (Internet) statt Einkauf (Geschäft) Zusammenlegung von Klassen mit neuen pädagogischen Konzepten

Quelle: Kocks 2006

Abb. 23: Grundsätzliche Handlungsoptionen zur Sicherung der Grundversorgung

Strategien	Vorteile	Umsetzungsprobleme
Mobilisierung	Teilweise Kompensation	Eingeschränktes Sortiment, höhere Preise Nutzung zeitlich begrenzt
IuK-Technologien	Virtuelle Raumüberwindung	Schulung der Bevölkerung erforderlich Akzeptanz Logistik
Multifunktionalisierung	Zusätzliche Einnahmen Ausweitung des Angebots	Mitwirkungsbereitschaft Lokales Interesse und Initiative
Direktvermarktung	Stärkung regionaler Kreisläufe	Eingeschränktes Angebot
Ehrenamt	Partizipation der Bevölkerung Sozialer Treffpunkt	Sicherung und Zuverlässigkeit

Quelle: Tewer 2005

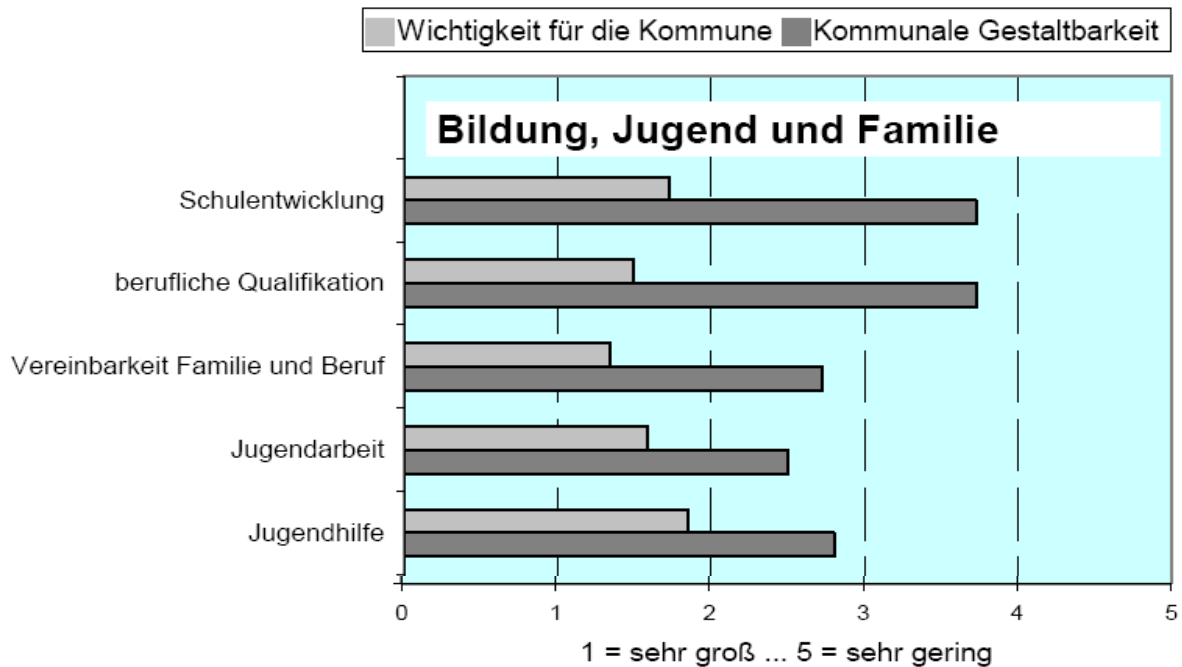
Die grundsätzlichen Handlungsoptionen sind bekannt; gute Vorbilder gibt es gleichfalls. Die notwendigen Anpassungsprozesse einzuleiten, erfordert an erster Stelle ein Umdenken bei den Entscheidungsträgern. Dies fällt schwer, da Planung und Entwicklungsverständnis auf Wachstum ausgerichtet sind. Notwendig ist eine Bewusstseinsänderung, die Schrumpfung anzugehen und sie – in Teilen – auch als Chance zur Entfaltung neuer Lebensqualität aufzufassen. Deshalb stellt sich die Frage nach Bewusstsein und Handlungsbereitschaft in den ländlichen Räumen.

Die Universität Kassel hat dazu im Werra-Meißner-Kreis alle 62 kommunalpolitischen Fraktionen der sechzehn Gemeinden und Städte in der Region befragt (Hahne, Sigel, Vieth 2006). Die Rücklaufquote war mit 52 % überaus hoch.

Der Werra-Meißner-Kreis ist schon heute durch deutliche Bevölkerungsrückgänge (-4,8 % zwischen 1996 und 2003) gekennzeichnet und hat nach allen Prognosen (BBR 2006, Bertelsmann 2006, FEH 2004) in den nächsten 15 Jahren mit einem weiteren Bevölkerungsrückgang von über zehn Prozent zu rechnen. Die Befragung ergab, dass 97 % der Antwortenden den Einfluss des demographischen Wandels auf die Kommunalentwicklung als „groß“ bis „sehr groß“ einschätzen. Bei einer bundesweiten Befragung der Bertelsmann Stiftung (2005) lag dieser Wert nur bei 72 %. Demnach ist also die Bedeutung des Themas im Werra-Meißner-Kreis voll angekommen.

Anders dagegen die Beurteilung der eigenen Handlungsmöglichkeiten: 87 % der Befragten sagen, ihre Kommune könne nur mit Schwierigkeiten dem demographischen Wandel und seinen Auswirkungen auf die unterschiedlichen Politikfelder begegnen. So herrscht beispielsweise die Ansicht vor, dass Leerstände nur in äußerst geringem Maße von der Gemeinde selbst beeinflusst werden können, obwohl eine familiengerechte Bauland-, Wohnungs- und Wohnumfeldpolitik einen sehr hohen Stellenwert bei den Kommunalpolitikern einnimmt. Zumal das Thema „Familiengerechtigkeit“ im Vergleich zur Alten- und Seniorenpolitik immer stärker in den Fokus der Kommunalpolitik rückt.

Abb. 24: Wichtigkeit und Gestaltbarkeit aus Sicht der Kommunalpolitiker



[Befragung UniK 2006]

Quelle: Hahne, Sigel, Vieth 2006, eigene Darstellung

Die Untersuchung der Universität Kassel im Werra-Meißner-Kreis zeigt eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Stellenwert des demographischen Wandels in der aktuellen kommunalpolitischen Diskussion und der Einschätzung der Kommunalpolitiker, lediglich über sehr eingeschränkte eigene Handlungsmöglichkeiten zu verfügen. Diese geringen Handlungsoptionen scheinen teils objektiv vorhanden, teils Konsequenz selbst gesetzter Restriktionen zu sein. Gerade bei originär von der Kommune mitzugestaltenden Aufgaben wie der Baulandpolitik und Ortsentwicklung, aber auch bei Fragen der Privatisierung von Leistungen wäre ein aktives Aufgreifen durch die Kommunen notwendig. Als Konsequenz der (scheinbar) geringen Handlungsmöglichkeiten schimmert Hilflosigkeit auf – anstatt dass vorhandene Handlungsspielräume (kreativ) ausgelotet werden.

Gleichzeitig scheint die Gewichtung der Themen nicht den tatsächlichen Optionen zu entsprechen. So steht das Thema „Familiengerechtigkeit“ weit oben auf der kommunalpolitischen Agenda, obwohl gerade in ländlichen Räumen oftmals Berufsmöglichkeiten fehlen. Dagegen nimmt die Bedeutung einer gezielten Alten- und Seniorenpolitik nur eine geringe Rolle ein. Doch gerade hier lägen Handlungs- und vor allem Aktivierungsmöglichkeiten, das ehrenamtliche Potenzial der Älteren aktiv zu fördern und zu fordern, um das kulturelle und soziale Leben der Kommune zu bereichern (vgl. Franzen 2004).

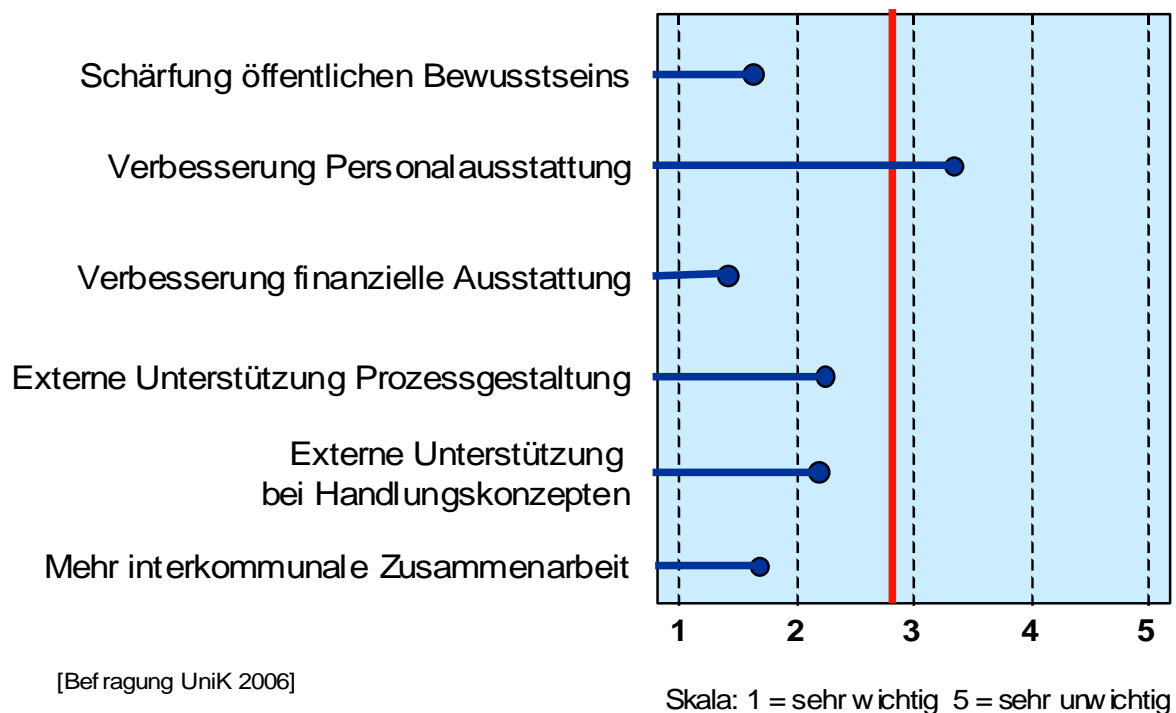
Der Vergleich der Aussagen zu den Auswirkungen des demographischen Wandels und zu den daraus abgeleiteten drängenden Aufgaben ergibt, dass häufig die baulichen Aspekte im Vordergrund stehen. Hohe Priorität genießen die Sanierung der Ortskerne und Stadtzentren sowie die Vermeidung von Leerstand und der Erhalt der Immobilienwerte. Der soziale Bereich ist aber von ebenso großer Bedeutung für die Lebensqualität am Ort. Obwohl Bildungs- und Kultureinrichtungen und ehrenamtliche Tätigkeiten von den Veränderungen stark betroffen sind, werden sie nicht hinreichend als zentrale Handlungsfelder wahrgenommen. Dies hat vor allem Konsequenzen für die immobilen Bevölkerungsgruppen. Das sind Kinder und Ju-

gendliche sowie Ältere, d.h. vor allem ältere Frauen, die häufig auch keinen Führerschein haben. Wie die Koordination von Sorge-, Haus- und Erwerbsarbeit geleistet und verbessert werden kann, wird gleichfalls noch nicht als zentrale Aufgabe erkannt.

Als wichtige Lösungsansätze werden im Werra-Meißner-Kreis neben der fiskalischen Ausstattung die Notwendigkeit der öffentlichen Diskussion und die Chancen interkommunaler Zusammenarbeit hervorgehoben. Die öffentliche Diskussion wird im Schrumpfungsprozess zu einer wichtigen Basis, um Akzeptanz für ein Umdenken und unpopuläre Maßnahmen zu gewinnen. Die interkommunale Kooperation erscheint als notwendige Antwort auf den steigenden Problemdruck und eingeschränkte Steuerungsmöglichkeiten.

Den entscheidenden Hebel, ihre Zukunft zu gestalten, erblicken die Kommunalpolitiker im Werra-Meißner-Kreis in der interkommunalen Zusammenarbeit: 92 % der befragten Kommunalpolitiker sehen hierin ein geeignetes Mittel zur Bewältigung kommunaler Aufgaben und Probleme. In Hessen sprießen derartige Kooperationen ins Feld: Die Themenfelder gehen dabei inzwischen weit über die klassischen gemeinsamen Themen wie Gewerbegebiete, Tourismuswerbung und Kinderbetreuung hinaus. Längst kooperieren Bauhöfe, werden Großgeräte gemeinsam angeschafft und sogar Verwaltungen legen – alle personal- und datenschutzrechtlichen Hemmnisse überwindend – Teilbereiche zusammen.

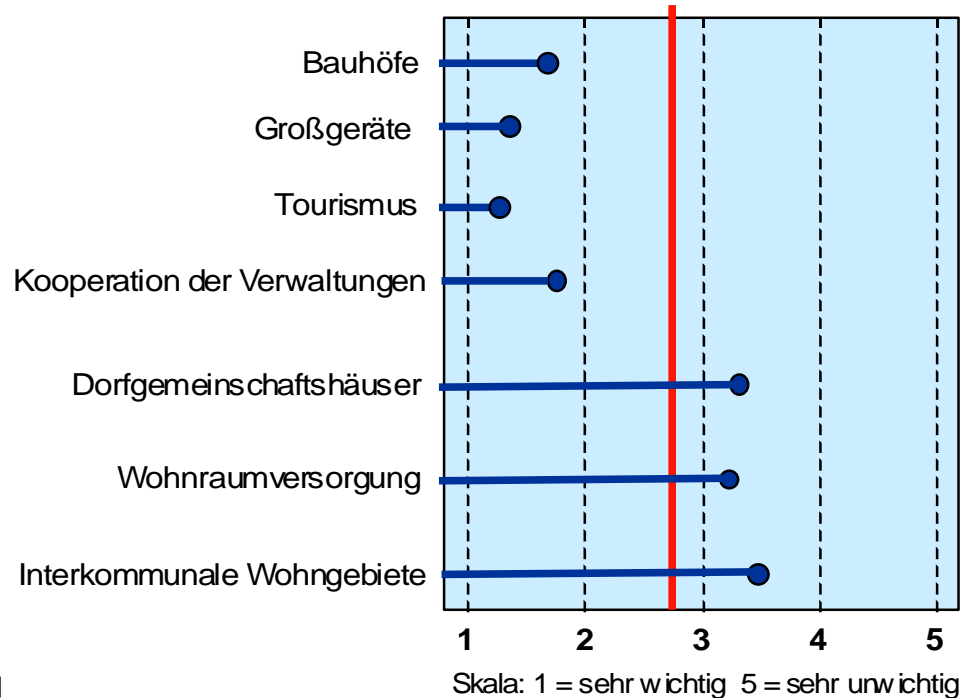
Abb. 25: Lösungsansätze zur Bewältigung



Quelle: Hahne, Sigel, Vieth 2006, eigene Darstellung

Interessant ist nun, welche Themenfelder den kommunalen Entscheidern nicht geeignet für die Lösung „interkommunale Kooperation“ erscheinen. Hierzu zählen die Themen Dorfgemeinschaftshäuser, Interkommunale Wohnraumversorgung und die Entwicklung gemeinsamer Wohngebiete.

Abb. 26: Beurteilung möglicher interkommunaler Handlungsfelder



Quelle: Hahne, Sigel, Vieth 2006, eigene Darstellung

In der interkommunalen Kooperation gibt es anscheinend zentrale „Tabuthemen“, so vor allem die Wohnraumversorgung und Wohngebietspolitik. Hier stellt sich dem außenstehenden Betrachter die Frage, wie denn Schrumpfung im Alleingang bewältigt werden will. Es fehlt aber nicht nur die Bereitschaft, in interkommunale Siedlungsstrategien einzusteigen. Das Handeln vor Ort ist selbst schon von größter Ambivalenz gekennzeichnet, nach wie vor fahren die Kommunen eine Doppelstrategie von Innenentwicklung und Grüner Wiese: Weiter werden in vielen Ortsteilen Baugebiete vorgehalten oder ausgewiesen, obwohl eine Rückführung der Baurechte und eine Stärkung der Kerne längst notwendig erscheint und in Sonntagsreden begrüßt wird. Und noch immer setzt mancher Bürgermeister weiter auf die Strategie, die Nachbarorte mit niedrigpreisigen Grundstücken zu unterbieten (ohne die Folgekosten für die Bürger zu benennen).

Ein wichtiges Thema in diesem Kontext ist der Umgang mit zunehmenden Leerständen. Leerstände bedeuten nicht nur Verwertungsprobleme für die einzelnen Hauseigentümer. Schrumpfung zieht Wert- und Funktionsverluste im privaten wie im öffentlichen Bereich nach sich. Was an öffentlichen Angeboten verbleibt, muss auf weniger Köpfe umgelegt werden – es sei denn, man sucht nach neuen Strategien, welche etwa das Diktum zentraler Netze für Wasser- und Energieversorgung infrage stellen. Nicht immer sind es die kleinen, abseitigen Ortsteile, welche zuerst die Leerstände aufweisen. Häufig sind es die Kernorte selbst oder auch ganze Quartiere, die bestimmte Siedlungs-„Jahrgänge“ aufweisen. Hier rächt sich eine Politik der großzügigen und zuzeiten übereilten Ausweisung von Baugebieten in allen Ortsteilen.

Leerstandskartierungen und ein systematisches Monitoring zeigen den Handlungsbedarf auf und ermöglichen es, Prioritäten zu entwickeln. Leerstandskartierungen dürfen nicht beim Bestand stehen bleiben, sondern sollten den absehbaren künftigen Leerstand mit bedenken.

Abb. 27: Leerstandskartierung Jesberg (Kernort) 2005



Quelle: Stadt Borken (Hessen) 2005
Der Autor dankt der Stadt Borken (Hessen) für die Abdruckgenehmigung.

Notwendig erscheinen übergemeindlich erarbeitete bzw. abgestimmte Konzepte für die künftige Siedlungsentwicklung und Infrastrukturausstattung: Wo liegen die Schwerpunkte der Leerstandsproblematik, wo können Versorgungseinrichtungen gebündelt werden, wie kann Mobilität erhalten werden und wo sind prioritäre Schwerpunkte von Rückbau und von künftiger Siedlungstätigkeit? Nur ein gemeinschaftlich erarbeitetes bzw. abgestimmtes Siedlungskonzept kann derartige Fragen beantworten und dazu führen, regionale und kommunale Stärken und Potenziale herauszuheben. Hier wird eine neue Planungskultur erforderlich, die den Rückbau nicht als hinzunehmendes Ereignis, sondern als Chance zur Gestaltung, zur Weckung neuer Attraktivitäten und Vergrößerung von Lebensqualität begreift. Siedlungsrückbau sollte nicht schematisch erfolgen, sondern nach Attraktivitätszonierungen differenzieren. So kann etwa im Infrastrukturbereich neben dem konsequenten flächenhaften Rückbau von den Leitungsenden her eine Ergänzung durch dezentrale Inselnetze für einzelne Siedlungen und Dörfer erfolgen.

Die Ergebnisse der Befragungen zeigen, dass die Kommunen sich bisher nur in geringem Umfang Gedanken über eine derartige zukunftsorientierte Siedlungsentwicklung gemacht haben. Leitbilder und Strategien zu einem kreativen Umgang mit dem demographischen Wandel fehlen weitgehend. Als Leitbilder werden meist allgemeine Zukunftsvorstellungen geäußert, die sich nicht wesentlich zwischen den Kommunen unterscheiden („familiengerecht“, „altengerecht“, „tourismusorientiert“). Spezifische Strategien, welche auf die Heraus-

forderungen des demographischen Wandels eingehen, werden nicht explizit genannt. Ohne derartige Strategien kann aber auch der Hoffnungsträger „interkommunale Zusammenarbeit“ nicht zielgerichtet eingesetzt werden. Viele Beispiele erfolgreicher interkommunaler Kooperationen zeigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen auch unterschiedlich strukturierten Kommunen mit divergierenden Interessen (BBR 2006b, Heßler 2006).

Entsprechend müssten auch die Anreize für derartige überkommunale Strategien gesetzt werden. Stadtumbau Hessen macht es bereits vor: Hier sind kooperative Konzepte finanziell besser gestellt als örtliche Einzelanträge (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2006). Die Nachfrage zeigt, dass der Kooperationsgedanke aufgegriffen wird. Doch andere Programme könnten folgen. So sollte auch die Dorfentwicklung an überörtliche gemeinschaftliche Entwicklungskonzepte anknüpfen, die sich verstärkt mit der Förderung kultureller und sozialer Netzwerke auseinandersetzen. Und schließlich sollten regionale Entwicklungskonzepte angelegt werden, die mehr als punktuellen Rückbau in konsensualen Feldern angehen, nämlich sich auch Konfliktthemen wie der Bauentwicklung stellen. Kommunen, die in dieser Art zielgerichtet zusammenarbeiten, gewinnen Handlungsspielräume.

9 Ökonomische Stabilisierung ländlicher Räume?

Eine ökonomische Stabilisierung ländlicher Räume steht unter schwierigen Vorzeichen und kann nur am individuellen territorialen Kapital der Regionen ansetzen. Lässt sich die Deökonomisierung der Räume nicht verhindern, könnten diese zumindest durch symbolische gesellschaftliche Inwertsetzung aufgewertet werden.

Die Politik der Gegenwart ist bis zur kommunalen Ebene den Herausforderungen der Globalisierung ausgesetzt. Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, die Förderung wirtschaftlicher Innovation und die Entwicklung der Wissensgesellschaft sollen helfen, die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft (wieder) herzustellen (BMVBW 2005: 4). Der damit verbundene Trend zur Privatisierung und Liberalisierung von Kernbereichen der Daseinsvorsorge wie beispielsweise Post, Telekommunikation und Energieversorgung verschärft die Problemlagen vor allem in den peripheren Räumen. Das Verhältnis von ökonomischem und politischem System erscheint ungleichgewichtig.

Dieser Prozess besitzt auch eine räumliche Komponente: Unternehmen lockern ihre Bindung an Länder, Regionen und Städte. Sie richten ihr Portfolio von Produktionsstandorten an dem für sie günstigen Mix an Standortfaktoren aus, zeigen sich mobil und entfachen damit eine innerregional bis global wirkende Standortkonkurrenz. Diesem Kampf um Standortvorteile sieht sich die Politik auf allen Ebenen ausgesetzt, wobei sich ihre Handlungsoptionen insbesondere in schrumpfenden Regionen stetig verringern. Es steht zu befürchten, dass regionale Disparitäten im Ringen um Standortentscheidungen der Wirtschaft und gut ausgebildete junge Menschen weiter zunehmen. Wirtschaftsstruktureller Wandel bringt eine Restrukturierung des räumlichen Gefüges mit sich – mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Raumordnungspolitik.

Als Folge des Standortwettbewerbs auf europäischer und globaler Ebene wird eine Metropolisierung des Städtesystems identifiziert. Agglomerationen mit einer spezifischen Ausstattung an hochrangigen Funktionen bilden oberhalb des Systems der Oberzentren „eine eigene Liga“ (BMVBW 2005: 8). Wirtschaftskraft, räumliche Verflechtungen und Entwicklungsimpulse, die von den Metropolregionen ausgehen, werden einen weit reichenden Einfluss auf die Zukunft der Regionen im gesamten Bundesgebiet nehmen und nicht zuletzt den *Ländlichen Raum* als Politikfeld der Raumordnung erheblich beeinflussen. Für strukturschwache und ländlich-periphere Räume sollen u. a. „die Möglichkeiten verbessert werden, dass diese Regionen stärker als bisher von den Ausstrahlungseffekten der Zentren profitieren“ (BBR 2005:

164). Dass hier vor allem an die Verbesserung der Erreichbarkeit der Zentren gedacht ist, reduziert ländliche Räume weiter auf die Wohnfunktion.

Dies verstärkt die negative Sicht auf die Zukunft ländlicher Räume: Fehlende wirtschaftliche Perspektiven führen zur Abwanderung der wichtigsten Altersgruppe, die sowohl für die Phase der Familiengründung als auch für Unternehmensgründungen und innovative Ideen in Unternehmen infrage kommt. Was aus den neuen Bundesländern, den Abwanderungsregionen Ostmittel- und Osteuropas oder den semiariden Zonen Südeuropas bekannt ist, lässt sich inzwischen auch in vielen Dörfern und Kleinstädten in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland beobachten: Verkaufsschilder, geschlossene Läden und Brachen als Zeichen des Rückzugs von Dienstleistungen, Gewerbe und Landwirtschaft.

Das „Wohnen“ wird damit zur eigentlichen Hauptaufgabe im Dorf. Überschaubarkeit, Nachbarschaften, aber auch die Möglichkeit des Rückzugs, Wohnfreiheiten, viel Platz und Ruhe, Grün und Landschaft bestimmen die besondere Wohnqualität (Schneider, Spellerberg 1999). Das Dorf bietet damit vor allem Optionen für Menschen, die eine hohe Wohn- und Lebensqualität suchen. Zugleich ist das Dorf nicht mehr der primäre Aktions- und Handlungsraum (Herrenknecht 2003), weitere Aktionsräume sind der Arbeitsort, aber auch die Region. Das zeigt die besondere und weiterhin zunehmende Bedeutung von Mobilität im ländlichen Raum.

Die Befragung von Saarländerinnen und Saarländern nach den Entwicklungsperspektiven des Bliesgaus bzw. der Stadt Saarbrücken (Kühne 2006a) ergab, dass die künftige (Einwohner-)Entwicklung des ländlichen Raumes pessimistisch gesehen wird. Eine weitergehende Problematisierung von Leerstand im ländlichen Raum, beispielsweise hinsichtlich des Wertverlusts von Immobilien in ländlichen Räumen, bleibt aus. Sowohl die Befragten im ländlichen Raum als auch jene des städtischen Raumes sehen eine Steigerung der komparativen Vorteile des Lebens im städtischen Raum bzw. in dessen stadtnahen Suburbien. Mittel- und langfristig wird als individuelle Handlungsoption lediglich die Abwanderung in stadtnahe Räume auf die erwartete Situation (Funktionsverlust ländlicher Räume, Steigerung der Energiepreise, Abschaffung der Eigenheimzulage) gesehen.

Die Verantwortung für diese Situation wird von allen Befragten ebenso externalisiert wie die Entwicklung von Konzepten zur ländlichen Entwicklung (dies trifft auf den Anschluss an DSL ebenso zu wie auf die Eröffnung eines Dorfladens).

Ländliche Landschaften zerfallen in ein Patchwork von unterschiedlichen Nutzungen, Nutzungsintensitäten und Aufgaben von Nutzungen (Kühne 2006b). Die Deökonomisierung ländlicher Regionen stellt die Raumordnung vor die Frage, wie eine aktive Ausgleichspolitik zur Stabilisierung strukturschwacher ländlicher Räume sinnvoll ausgestaltet werden kann und wie gleichzeitig durch Bündelung der Kräfte, neue Netzwerke und Partnerschaften regionale Innovationsprozesse angestoßen werden können (BBR, BMVBS 2006b: 39).

Eine wesentliche Voraussetzung ist sicherlich, die tatsächlichen individuellen Entwicklungsoptionen für ländliche Räume aufzuzeigen und damit das „territoriale Kapital“, also die Begabungen der Region einschließlich ihrer Bewohner, nutzbar zu machen. Hier sollten zukünftig sowohl die Politiken für ländliche Räume als auch die Förderprogramme verstärkt ansetzen: „Politik muss sich stärker noch dem ‚territorialen Kapital‘ zuwenden, nämlich den dort ansässigen Menschen, den agierenden Wirtschaftsunternehmen und den das Sozialprodukt schaffenden In- und Ausländern. Wir müssen uns mit den konkreten Lebensbedingungen beschäftigen“ (Tiefensee 2006).

Prinzipiell sollte der Schwerpunkt auf (Regional-)Entwicklung, nicht auf Erhaltung liegen. Dies bezieht sich nicht nur auf die ökonomische Stabilisierung und Weiterentwicklung von ländlichen Nutzungssystemen, Kulturlandschaften und dörflichen Strukturen, sondern auch

auf eine aktive Neuinterpretation und symbolische gesellschaftliche Inwertsetzung sich de-ökonomisierender ländlicher Räume. So können auch „Entleerungsräume“ gesellschaftliche Wertschätzung als „Naturräume“ oder „entspannte Räume“ (Doehler-Behzadi 2005) erfahren.

Eine „Reökonomisierung“ ländlicher Räume kann sowohl an aktuellen Trends wie beispielsweise der Produktion regenerativer Energien als auch an traditionellen Nutzungsmustern wie der Landwirtschaft oder dem Tourismus ansetzen (BBR 2006b, Hahne 2006). Wichtig sind Zielkonzepte, die die Sektorpolitiken an eine integrierte Raumentwicklung koppeln. Der Übergang zur hochtechnisierten Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft kann allerdings die Position peripherer ländlicher Räume drastisch beeinträchtigen, sofern technische Infrastruktur (DSL, WLAN etc.) nicht verfügbar ist (Matthiesen 2004, Spellerberg 2007).

Optionen bieten auch eine offensive Clusterpolitik und die damit verbundene Vernetzung im ländlichen Raum. Der ländliche Raum besitzt – so ein Positionspapier der ARL zu diesem Thema (2006: 8) – durchaus „einige die Clusterbildung begünstigende Eigenheiten“, beispielsweise die Möglichkeit einer gezielten Ansprache von potenziellen Cluster-Akteuren. Allerdings wirken Standortkonkurrenzen und Infrastrukturprobleme oft als Negativfaktoren. Dennoch kommen die Autoren zu dem Schluss, dass – unter der Voraussetzung einer regionalen Koordination und eines Regional Governance-Ansatzes – mehr Chancen als Risiken mit einer Clusterpolitik im ländlichen Raum verbunden sind, um ein wirtschaftliches Abhängen gerade der peripheren Räume abzufedern.

10 Großschutzgebiete und ihr Beitrag zur Stabilisierung des ländlichen Raums

Großschutzgebiete können die (ökonomische) Inwertsetzung von Landschaften im ländlichen Raum befördern, bergen allerdings auch Risiken, insbesondere dann, wenn eine stringente Unterstützung von Politik und Bevölkerung sowie eine ausreichende Bereitstellung von Ressourcen nicht gewährleistet werden können.

Im Allgemeinen werden Großschutzgebiete (Nationalparke, Naturparke und Biosphärenreservate) vor allem mit Erhaltung und Bewahrung von Natur und tradierten Kulturlandschaften assoziiert. Erst langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass Großschutzgebiete auch eine Rolle in der *Entwicklung* ländlicher Räume spielen können (Hammer 2002).

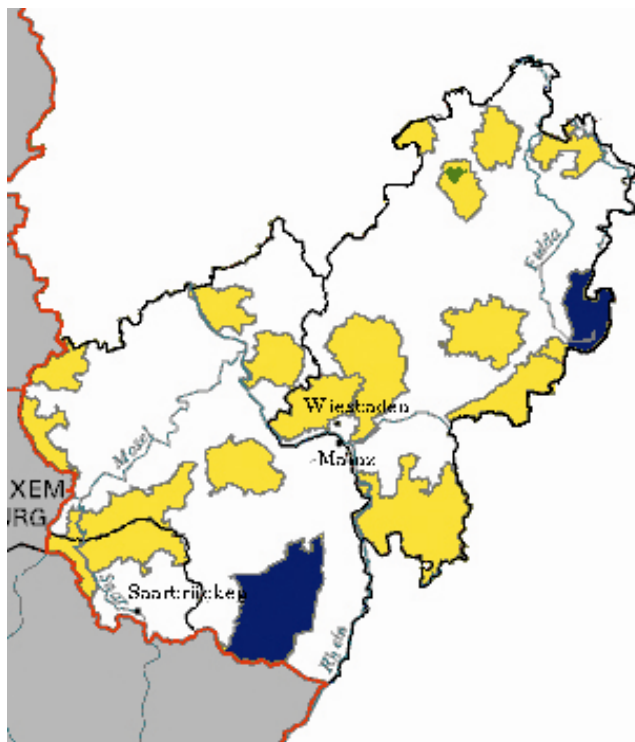
Vom Nationalpark über das Biosphärenreservat zum Naturpark nimmt die Intensität des rechtlichen Schutzstatus ab, wobei die Gebiete in der Regel jeweils noch eine interne Zonierung mit abgestuftem Schutzstatus aufweisen. Allen gemeinsam ist, dass sie mittlerweile neben ihrer Schutzfunktion auch das Ziel einer nachhaltigen Regionalentwicklung verfolgen (Hammer 2002), wobei sich dies bei Nationalparks nicht auf die Wildnisbereiche selbst, sondern auf das Parkumfeld bezieht. Im übertragenen Sinne kann man auch die Welterbegebiete zu den Großschutzgebieten zählen. Sie basieren auf dem 1972 von der UNESCO verabschiedeten „Internationalen Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“.

Vier Faktoren können Großschutzgebiete zu Entwicklungsmotoren für den ländlichen Raum machen: die Landschaft, die Schutzgebietsverwaltung, die Einbindung der Bevölkerung und die Anerkennung als Großschutzgebiet (Hammer 2002). Dreh- und Angelpunkt ist sicherlich die Landschaft, das physische „Kapital“. Mit der Schutzgebietsverwaltung existiert eine gemeinde- und oft auch landkreisgrenzenüberschreitende Stelle, die die Aufgabe eines Regionalmanagements erfüllen muss, um sowohl den Schutz, aber auch die Entwicklung dieser Landschaft sicherzustellen. Hierzu zählt die Förderung einer rentablen Bewirtschaftung ebenso wie das Einwerben der für Pflege- und Schutzmaßnahmen notwendigen (Förder-)Mittel.

Die Umsetzung dieser Ziele ist ohne eine partnerschaftliche Einbindung der örtlichen Bevölkerung nicht möglich. Dies geschieht oftmals in einem ersten Schritt im Zuge der Aufstellung von Leitbildern und Entwicklungskonzepten. Gelingt die Einbindung der örtlichen Bevölkerung in den Prozess und können kommunale Egoismen überwunden werden, lassen sich im Rahmen des Entwicklungskonzeptes Ziele und Perspektiven, Pläne und Projekte einer Region bündeln und „kanalisieren“ (Brodda 2000). Gleichzeitig üben diese Konzepte eine Katalysatorfunktion aus: Sie können zur Keimzelle für die Bildung kreativer Netzwerke, innerregionaler Kommunikation und zum Fokus für Bürgerengagement werden (Brodda 2000).

Das bisher Genannte steht aber allen ländlichen Regionen offen, gezielt angesprochen und gefördert u. a. in den „Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepten“ (ILEK). Was die Großschutzgebiete jedoch besonders auszeichnet, ist die offizielle Anerkennung, die die Funktion eines Qualitätssiegels und „Labels“ erfüllt – insbesondere dann, wenn sie, wie im Falle der UNESCO-Biosphärenreservate und Welterbegebiete, auf internationaler Ebene ausgesprochen wird. Aber auch Nationalparke können sich durch die IUCN zertifizieren lassen. Ein solches Label entfaltet Wirkung nach innen und nach außen: Es prägt das Bild der Region nach außen (Marketing- und Kommunikationsfunktion), verstärkt die regionale Identität und bindet die Region an die Erfüllung von Qualitätskriterien (Scherer et al. 2005). Die Region wird zur „verkaufbaren Einheit“, und die Evaluation von außen sorgt für einen gewissen Erfolgsdruck (Brodda 2000). Auch der Austausch mit anderen Großschutzgebieten – Biosphärenreservate bilden beispielsweise ein Weltnetz – kann hier zur Entwicklung einer Region beitragen (Brodda 2000).

Abb. 28: Großschutzgebiete in den LAG-Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland



Konkrete ökonomische Wirkungen betreffen in erster Linie die „klassischen“ Bereiche *Tourismus* und *Regionalvermarktung*. Der besondere Wert einer attraktiven Landschaft wird über die Ausweisung und Anerkennung „zertifiziert“ und die Bewerbung einer Landschaft als touristische Destination erleichtert. Im Rahmen der Etablierung der Großschutzgebiets-Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“ wurde z. B. eine Artikelserie im „National Ge-

ographic“ etabliert, in der die Großschutzgebiete nach und nach vorgestellt werden. Job et al. (2005) belegten in ihrer Untersuchung am Beispiel ausgewählter National- und Naturparks die ökonomischen Wirkungen von Großschutzgebieten hinsichtlich der touristischen Wertschöpfungsketten und sprechen von einer erheblichen Beschäftigungswirkung, gerade in peripheren Räumen. Gleichzeitig fordern sie – neben dem Biomonitoring – ein sozioökonomisches Monitoring für Großschutzgebiete – als Voraussetzung für mehr Akzeptanz in der Bevölkerung und ein qualifiziertes Benchmarking.

Gerade der Tourismus stellt auch eine wichtige Zielgruppe für die Regionalvermarktung. Als Qualitätssiegel für die regionalen Produkte haben verschiedene Großschutzgebiete eigene Marken ins Leben gerufen, so z. B. das Biosphärenreservat Rhön mit seinem „Qualitätssiegel Rhön“¹. Die Vermarktung regionaler, insbesondere landwirtschaftlicher Produkte bietet eine elegante Möglichkeit, den Schutz der Landschaft mit der Erwirtschaftung der dafür notwendigen Mittel zu verbinden.

Die ökonomischen Wirkungen müssen jedoch nicht auf diese Bereiche beschränkt bleiben, sondern sind sicherlich ausbaufähig, gerade mit Blick auf die sogenannten „green economies“ oder spezifische (weiche) Standortvorteile dieser Regionen. Die Biosphärenreservate *Schaalsee* und *Südostrüßen* haben 1999 mit Erfolg das Projekt „Jobmotor Biosphäre“ gestartet.² Hinter der Bezeichnung verbirgt sich ein Existenzgründerprogramm für Personen, die mit an der Leitidee der Nachhaltigkeit orientierten Geschäftsideen den Sprung in die Selbstständigkeit wagen. Nach Angaben des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern haben sich mit Hilfe dieses Existenzgründerprogramms seit 1999 auf der Insel Rügen rund 200 engagierte Frauen und Männer selbstständig gemacht (Erfolgsquote ca. 80 Prozent).³ Ähnliches gelang dem Biosphärenreservat Rhön mit dem Pilotprojekt „Landtourismus im Biosphärenreservat Rhön – eine Chance für Frauen in einer strukturschwachen Region“. Die Teilnehmer setzten verschiedene Geschäftsideen um und organisierten sich im Verein „Rhöner Durchblick e.V.“⁴ Auch gibt es erste Ansätze im Bereich Public-Private-Partnership. Gemäß dem Motto „Verantwortung für die Welt von morgen“ gibt es eine Kooperation zwischen Honda Motor Europe (North) und den deutschen Biosphärenreservaten. Schwerpunkte sind Klimaschutz, Stärkung des Umweltschutzbewusstseins und Bereitstellung umweltfreundlicher Landschaftspfletechnik.⁵

Großschutzgebiete können also eine sehr positive Rolle in der Entwicklung ländlicher Räume spielen. Sie stellen aber weder ein unproblematisches Instrument der Regionalentwicklung noch einen Selbstläufer dar! Probleme existieren auf verschiedenen Ebenen und können sogar zum Hemmnis für regionale Entwicklung werden: Oftmals stellen bereits die Ausweisung und v. a. die Abgrenzung von Schutzzonen sehr konfliktbelastete Verfahren dar. Alleine die gewählten Begriffe wie *Großschutzgebiet* oder *Biosphärenreservat* lösen Assoziationen zu Bewahren, Verhindern oder Einschränken aus. Diese negative Konnotation kann die Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren und der Bevölkerung blockieren. Gerade in der Akzeptanz der Biosphärenreservatsverwaltung sowie in der Bereitschaft von Landkreisen und Regionalinitiativen, mit dem Biosphärenreservat und untereinander Kooperationen einzugehen, sehen aber Gehrlein et. al. (2007) eine der bedeutsamen Voraussetzungen, um Biosphärenreservate als Regionale „Nachhaltigkeitsmotoren“ zu etablieren.

¹ www.biosphaerenreservat-rhoen.de

² <http://www.job-motor.de/>, <http://www.rehna.de/index.phtml?view-228&SpecialTop=216>

³ Pressemitteilung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz vom 3.5.2007

⁴ www.biosphaerenreservat-rhoen.de/dokumente/rhoenerdurchblick.pdf

⁵ Homepage http://www.unesco.de/honda_koop_06.html?&L=4%3F1%3D1

Sollen Großschutzgebiete dem Anspruch, Motor nachhaltiger Regionalentwicklung zu sein, gerecht werden, so müssen ausreichende Ressourcen und Kompetenzen, u. a. hinsichtlich der Ausstattung der Schutzgebietsverwaltung, sichergestellt werden (Gehrlein et al. 2007), zumal an den Status als Großschutzgebiet bestimmte Erwartungen geknüpft werden. So stellen anreisende Touristen Erwartungen an das Angebot und den Qualitätsstandard einer Region; eine Nichterfüllung dieser Erwartungen verursacht Probleme (Scherer et al. 2005). Die Fähigkeit, verstärkt Fördermittel einwerben zu können, kann zu einer Abhängigkeit und zur Hemmung eigenständiger Entwicklung führen.

Mit der Ausweisung als Großschutzgebiet ist die Erfüllung bestimmter Anforderungen an den Umgang mit dem Gebiet und an die Erfüllung der mit der Ausweisung verbundenen Ziele verbunden. Projekte, die nicht mit diesen Zielen in Einklang stehen, lassen sich kaum oder gar nicht durchsetzen – oder gefährden den Status des Gebietes. Das setzt nicht unbedingt den Erlass rechtlicher Regelungen im Zusammenhang mit der Ausweisung voraus. Vielmehr verändern sich Entscheidungsprozesse, beispielsweise bezüglich Infrastrukturmaßnahmen, einfach dadurch, dass die Erhaltung von Kulturgütern und Landschaft ein größeres Gewicht erhält, teilweise durch die größere nationale und internationale Aufmerksamkeit oder auch durch den Bedeutungsgewinn von Nicht-Regierungsorganisationen (Scherer et al. 2005). Die Konflikte um die Welterbegebiete um den Kölner Dom, das Elbetal bei Dresden oder die Wartburg illustrieren, wie sich die (inter)nationale Aufmerksamkeit in der Entwicklung von Städten und Regionen sowie Entscheidungsprozessen und Planverfahren niederschlägt.

11 Fazit: Empfehlungen für Raumplanung und Regionalentwicklung

Entsprechend den gesellschaftlichen Differenzierungsprozessen entwickeln sich Regionen sehr individuell. Darauf müssen Raumplanung und Regionalentwicklung sowohl auf theoretischer und konzeptioneller als auch auf prozessualer und instrumenteller Ebene reagieren.

Ländliche Räume lassen sich nicht dichotom von städtischen Räumen abgrenzen. Auch die Hinzunahme der dritten Kategorie – der von suburbanen Räumen – wird der Differenzierung und Individualisierung der Räume jenseits der urbanen Zentren nicht gerecht. Gesellschaftliche Entwicklungsbezüge orientieren sich nicht an polaren Rauminterpretationen, sondern entwickeln sich quer zu den klassischen Raumkategorien (wie beispielsweise soziale Segregationsprozesse): Macht und Exklusion, Bevorteilung und Benachteiligung lassen sich nicht (mehr) pauschal bestimmten Raumkategorien zuordnen.

Eine den gegenwärtigen Entwicklungstendenzen des Sozialen und damit des Raumes angemessene Raumbetrachtung ist nur schwerlich in Form übergreifender und vereinheitlichender Kategorien leistbar. Wie Metropolen auch, entwickeln sich suburbane oder dünn besiedelte Räume hochgradig unterschiedlich. Deshalb erscheint es zunehmend wichtiger, dass sich Raumplanung und Regionalentwicklung stärker am individuellen „Portfolio“ von Potenzialen und Ressourcen einer Region orientieren. Diese Neuorientierung muss ihren Niederschlag in Planungsprozessen und Planungsinstrumenten finden.

Eine besondere Bedeutung kommt der Vernetzung innerhalb von funktionalen Verflechtungsräumen zu: In regionalen Kooperationen können gezielt Stärken gestärkt und Schwächen kompensiert werden, um kontraproduktive innerregionale Konkurrenzen zu reduzieren und komplementäre Entwicklungen zu fördern. Allerdings sind die Voraussetzungen hierzu nicht in allen Räumen gegeben: In peripheren, dünn besiedelten ländlichen Räumen schwächen sich die räumlichen Bezüge zu zentralen Strukturen in erheblichem Maße ab. Hier kumulieren die negativen Folgen von demographischem, wirtschaftlichem und sozialem Wandel und stellen eine besondere Herausforderung für die Raumplanung und Regionalentwicklung dar. So sind die Folgen fehlender Tragfähigkeit von Einrichtungen bereits jetzt zu spüren. Die Kosten der Infrastrukturbereitstellung laufen den Kommunen bei rückläufiger Bevölkerungszahl rasch

davon (Remanenzkosten). Individuelle kommunale Lösungen können daher nur im Einzelfall (dezentrale Versorgungslösungen) verfolgt werden. Stattdessen sollte auch hier das Instrument der interkommunalen Kooperationen stärker eingesetzt werden, um wichtige Fragen schon jetzt in Angriff zu nehmen, da eine maßgerechte Gebiets- und Funktionalreform eine erhebliche Vorlaufzeit bis zu ihrer Realisierung erfordern würde. In die integrierten regionalen Entwicklungskonzepte sollten daher auch Fragen der künftigen räumlichen Organisation und Funktionsteilung Einzug halten. Entsprechend wären diese Instrumente auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene weiterzuentwickeln.

Entscheidend für eine Neuorientierung in der Raumplanung ist sicherlich die Überwindung von Raumstereotypen sowie ein individueller und kreativer Umgang mit negativ konnotierten Entwicklungstrends (insbesondere Schrumpfung).

Literatur

- Allbus (2004): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. <http://www.gesis.org/Datenservice/ALLBUS/Daten/all2004.htm>.
- Aring, J.; Reuter, I. (2006): Regiopolen zwischen Metropolregionen und Peripherien. Intentionen und Ergebnisse einer Tagung am 14.09.2006 in Kassel. Manuskript, Online-Dokument Nov. 2006. http://bfag-aring.de/pdf-dokumente/Aring_2006_RegiopolenTagung2006_Bericht.pdf (03.04.2007).
- ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 2006a): Wie hell strahlen „Leuchttürme“? Anmerkungen zur Clusterpolitik in ländlichen Räumen. Positionspapier aus der ARL, Nr. 66. Hannover.
- ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 2006b): Gleichwertige Lebensverhältnisse. Eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren! Positionspapier aus der ARL, Nr. 69. Hannover.
- Altrock, U.; Günter, S.; Huning, S.; Nuissl, H.; Peters, D. (Hrsg.) (2005): Landliebe – Landleben. Ländlicher Raum im Spiegel von Sozialwissenschaften und Planungstheorie. Berlin.
- Bätzing, W.: Verschwindet der ländliche Raum? Perspektiven nach 2001. Überarbeitete und aktualisierte Fassung des Artikels „Die Auflösung des ländlichen Raumes in der Postmoderne“ aus der Zeitschrift „Kommune – Forum für Politik, Ökonomie, Kultur“ (Frankfurt) 15/1997, Heft 11, S. 40-46. http://www.geographie.uni-erlangen.de/wbaetzing/lit/laendl_raum.pdf (18.09.2006).
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2003): Demographischer Wandel und Infrastruktur im ländlichen Raum. Informationen zur Raumentwicklung. Heft 12/2003. http://www.bbr.bund.de/nm_23470/DE/Veroeffentlichungen/IzR/Jahrgang_2003/Heft12_DemographischerWandel.html (18.09.2006).
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2005): Raumordnungsbericht 2005, Stand: Redaktionsschluss 31.12.2004.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2006a): Raumordnungsprognose 2020/2050. BBR Berichte Band 23. Bonn.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2006b): Bioenergie. Zukunft für ländliche Räume. Informationen zur Raumentwicklung. Heft 1/2.2006.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung); BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, 2006a): Perspektiven der Raumentwicklung in Deutschland. Berlin.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung); BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, 2006b): komKOOP. Erfolgreiche Beispiele interkommunaler Kooperation. Ein MORO-Wettbewerb. Dokumentation des MORO-Wettbewerbs 2005/2006.
- Bertelsmann Stiftung (2005): Kommunen und Regionen im Demographischen Wandel – Bürgermeisterbefragung 2005. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (2006): Wegweiser demographischer Wandel. <http://www.wegweiserdemographie.de/prognose/>.
- BMVBW (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen); BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung); BfAG (Büro für Angewandte Geographie, 2005): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland – Diskussionspapier (01.09.2005). Bonn. http://www.bbr.bund.de/raumordnung/raumentwicklung/download/Diskussionspapier_2005-09-01.pdf (18.09.2006).
- Becker, H. (1997): Dörfer heute – Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel. Bonn.
- Brodka, Y. (2000): „Regionalentwicklung und Biosphärenreservat – Chance oder Gegensatz?“. In: „Treffpunkt Biologische Vielfalt“. Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.), S. 191-185.
- Diener, R.; Herzog, J.; Meili, M.; de Meuron, P.; Schmid, C. (2006): Die Schweiz. Ein städtebauliches Porträt. ETH Studio Basel, Institut Stadt der Gegenwart. Birkhäuser – Verlag für Architektur. Basel.
- Diewald, M. (1994): Zwischen Rückzug und Engagement. Das Leben in persönlichen Netzwerken. Schriftenreihe Arbeitsberichte aus dem Projekt Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Nr. 11 des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung.
- Doehler-Behzadi, M. (2005): Die entspannte Stadt. Strategien für Schrumpfende Städte. In: Ministerium für Umwelt des Saarlandes (Hrsg.): Erstes Regionalpark-Forum: Regionalpark Saar – Neue Partnerschaften für die Stadtlandschaft. Drittes SAUL Symposium: Stadtlandschaften im Wandel – Planung im Umbruch. Dokumentation der Veranstaltung vom 21. und 22. September 2004 in Saarbrücken, S. 32-33.
- EUREK (1999): Europäisches Raumentwicklungskonzept. Auf dem Weg zu einer räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Europäischen Union. Angenommen vom Informellen Rat der für Raumordnung zuständigen Minister. Potsdam.
- FEH (Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH, 2004): Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte bis 2050. Wiesbaden.

- Franzen, N. (2004): Maßnahmen und Ideen zur Erhaltung und Neuorientierung von dörflichen Gemeinschaftsleistungen. In: Essener geographische Arbeiten ZDB-Info zu diesem Werk, Band 36, S. 99-110.
- Friess, I.; Wehmeyer, A. (2006): Alle Länder auf einen Blick. In: LEADERforum 3/2006, S. 30-31.
- Gehrelein, U.; Grunzke, B.; Steimel, K.; Klinkhart, H. (2007): Strategien zur Förderung des nachhaltigen Wirtschaftens in Biosphärenreservaten, BfN-Skript 2002, Bonn.
- Hahne, U. (2005): Zur Neuinterpretation des Ziels der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. In: Raumforschung und Raumordnung 63, S. 257-265.
- Hahne, U. (2006): Wandel statt Wüstung. Demographische Entwicklung erfordert Handeln in den ländlichen Räumen Hessens. In: Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum. Mitteilungen, Heft 32, Oktober 2006, S. 31-35.
- Hahne, U. (2007a): Spielball ländliche Entwicklung. Rückblick Ländliche Regionalentwicklung 2006. In: AgrarBündnis (Hg.): Landwirtschaft 2007. Der kritische Agrarbericht. Rheda-Wiedenbrück / Hamm. ABL-Verlag, S. 159-165.
- Hahne, U. (2007b): Vom Rand der Verantwortungsgemeinschaft. Ländliche Räume und die Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsziels. In: Agrarsoziale Gesellschaft (Hg.): Ländliche Räume zwischen Lissabon-Strategie und Metropolregionen. Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 147, Göttingen, S. 49-63.
- Hahne, U.; Glatthaar, M. (2006): Die großräumige Verantwortungsgemeinschaft – Eine neue Formel für den regionalen Verteilungskampf? In: RaumPlanung 124, Februar 2006, S. 5-10.
- Hahne, U.; Sigel, H-G.; Vieth, C. (2006): Demographischer Wandel im Werra-Meißner-Kreis. Die Sicht kommunalpolitischer Akteure. Veröffentlichung in Vorbereitung.
- Hainz, M. (1999): Dörfliches Sozialleben im Spannungsfeld der Individualisierung (Band 311 der Reihe der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V.). Bonn.
- Hammer, T. (2002): Das Biosphärenreservat-Konzept als Instrument nachhaltiger Regionalentwicklung? Beispiel Entlebuch, Schweiz. In: Mose, Ingo; Weixlbaumer, Norbert: „Naturschutz: Großschutzgebiete und Regionalentwicklung. Academia Verlag, Sankt Augustin.
- Henkel, G. (1995): Der Ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert. Stuttgart.
- Henkel, G. (2004): Der ländliche Raum. Stuttgart.
- Herrenknecht, A. (2003): Die Individualisierung des Dorfes.
<http://www.pro-regio-online.de/downloads/redol.pdf> (25.8.04).
- Herrenknecht, A. (2004): Lebensentwürfe und Lebensstile im (heutigen) Dorf. Tagungsmaterialien.
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2006): Gemeinschaftsinitiative Stadtumbau in Hessen. Interkommunale Kooperation.
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Oberste Landesplanungsbehörde (2000): Landesentwicklungsplan Hessen 2000. <http://www.landesplanung-hessen.de/index.asp?main=lep> (23.03.2007).
- Heßler, B. (2006): Schwalm-Eder-West im Anpassungsprozess an den demographischen Wandel. Vortrag. Evangelische Akademie Hofgeismar, 23.06.2006.
- Job, H.; Harrer, B.; Metzler, D.; Hajizadeh-Alamdary, D. (2006): Ökonomische Effekte von Großschutzgebieten – Untersuchung der Bedeutung von Großschutzgebieten für den Tourismus und die wirtschaftliche Entwicklung der Region, Bundesamt für Naturschutz 2005.
- Kaspar, H.; Bühler, E. (2006): Räume und Orte als soziale Konstrukte. In: RaumPlanung, 04/2006, S. 91-95.
- Kocks, M. (2006): Vom gesteuerten Wachstum zum gestaltenden Umbau – Anmerkungen zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge für Länder und Kommunen. Anhörung der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderung an ein zukunftsfähiges Niedersachsen“. Vortrag am 19.01.2006 in Hannover.
- Kühne, O. (2006a): Landschaft in der Postmoderne. Das Beispiel des Saarlandes. Wiesbaden.
- Kühne, O. (2006b): Das Verhältnis von Alteingesessenen und Zugezogenen als Herausforderung für die Regionalentwicklung. In: Ländlicher Raum 38, S. 146-152.
- Kühne, O. (2007): Ländliche Räume im Saarland – zwischen Urbanität und Ruralität, zwischen Moderne und Postmoderne. In: 50 Jahre Saarland im Wandel. In: Dörrenbächer, P.; Kühne, O.; Wagner, J. M. (Hrsg.): 50 Jahre Saarland im Wandel. Saarbrücken. (Im Druck).
- Ministerium des Innern und für Sport, Oberste Landesplanungsbehörde (2006): Entwurf des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz (LEP IV). <http://www.ism.rlp.de/Internet/nav/81e/81e50ed2-68cd-1b01-44b9-4618ada3b7d8.htm> (23.03.2007).
- Ministerium für Umwelt des Saarlandes (2006): Landesentwicklungsplan, Teilabschnitt Siedlung vom 4. Juli 2006 (Amtsblatt des Saarlandes vom 14. Juli 2006, S. 978).
http://www.saarland.de/dokumente/thema_bauen_und_wohnen/LEP_Siedlung_2006.pdf (23.03.2007).

- Raumordnungsgesetz (ROG) vom 18. August 1997 (BGBl. I S. 2081, 2102) i. d. F. der Bekanntmachung vom 25.08.1997 (BGBl. I S. 2102), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 03.05.2005 (BGBl. I S. 1224).
- Scherer, R.; Johnsen, J.; Strauf, S. (2005): Die wirtschaftlichen Effekte einer UNESCO Weltkulturlandschaft Bodensee – Expertise im Auftrag der Internationalen Bodenseekonferenz. Universität St. Gallen. St. Gallen.
- Schwepe, C. (2005): Alter(n) auf dem Land. In: Beetz, St.; Brauer, K.; Neu, C. (Hrsg.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schuler, M.; Perlik, M.; Pasche, N. (2004): Nicht städtisch, rural oder peripher – wo steht der ländliche Raum heute? ARE, Bundesamt für Raumentwicklung. Bern, S. 8-16.
- Spellerberg, A.; Schneider, N. (1999): Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität. Opladen.
- Spellerberg, A. (2004): Ländliche Lebensstile. Ein praxisnaher Forschungsüberblick In: Gerhard Henckel (Hrsg.): Dörfliche Lebensstile – Mythos, Chance oder Hemmschuh der dörflichen Entwicklung? Essener Geographische Hefte, Bd. 36, S. 37-51.
- Spellerberg, A. (2007): Ländliche Räume in der hochtechnisierten Dienstleistungsgesellschaft: Mittendrin oder außen vor? Vortrag Universität Rostock. Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit?
- Tewer, I. (2005): Demografischer Wandel im Werra-Meißner-Kreis: Folgen von Alterung und Schrumpfung und Strategien zur Bewältigung. Vortrag im Rahmen der LAG-Sitzung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland der ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung) am 7. November 2005 in Gießen.
- Wollmann, H. (2004): Wird der Typus kommunaler Selbstverwaltung den Druck von EU-Liberalisierung, New Public Management und Finanzkrise überleben? In: Siebel, W. (Hrsg.): Die europäische Stadt. Frankfurt am Main, S. 359-369.
- Wüst, B. (2006): Vergleich verschiedener Raumtypen am Beispiel Ballungsraum Ludwigshafen, Vorderpfalz und Nordpfälzer Bergland. Studienarbeit an der Technischen Universität Kaiserslautern. Kaiserslautern.

Kurzfassung/Abstract

Herausforderung Vielfalt – Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel

Ländliche Räume gehören gegenwärtig nicht zu den meistdiskutierten Gegenständen raumwissenschaftlicher Forschung. Die Diskussion um ländliche Räume wird zudem durch eine Definitions- und Abgrenzungsproblematik erschwert. Sowohl hinsichtlich funktionaler und wirtschaftssektoraler, wie auch sozialstruktureller und lebensstilspezifischer Kriterien, haben sich die in der Vormoderne deutlich getrennten Bereiche von Stadt und Land zu einem weiten Übergangsbereich entwickelt. Ländliche Räume lassen sich heute am ehesten landschaftlich definieren. Trotz der zunehmenden Aufhebung des Unterschiedes von Stadt und Land dominiert jedoch diese stereotype dichotome Unterscheidung den politischen Diskurs und die EU-Förderprogramme. Die stereotype Wahrnehmung ländlicher Räume verhindert auch, diese nicht als einheitliche Kategorie, sondern als individuelle Räume mit unterschiedlicher und spezifischer Kombination von Schwächen und Stärken zu sehen. Eine solche individualisierte Betrachtungsweise ist jedoch Voraussetzung zur Generierung erfolgversprechender Konzepte zur Entwicklung ländlicher Räume.

Challenge Variety – Change of Structure and Politics in Rural Areas

Rural areas are not currently among the most discussed subjects of land use research. The discussion of rural areas is additionally hindered by problems of definition and delimitation. Urban and rural areas, which were clearly delineated in the pre-modern era, have become broad transitional areas with respect to criteria of function/economical sector and social structure/lifestyle. Rural areas today can best be defined by regional criteria. Despite the increasing disappearance of the differentiation between rural and urban areas, this stereotypical dichotomy dominates the political discourse and the EU sponsored programs. A further implication of the stereotypical view of rural areas is that they are perceived as a unified category instead of as individual regions with diverse and specific combinations of strengths and weaknesses. However, such an individualized perspective is necessary in order to generate promising concepts for the development of rural areas.